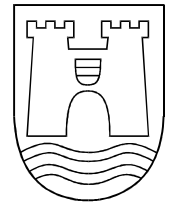


# Beilage zum

# A m t s b l a t t

## der Landeshauptstadt Linz



Folge 6/2013

---

### PROTOKOLL

über die 35. (Sonder-)Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz am Donnerstag, 27. Juni 2013, 14 Uhr, im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses

---

#### Anwesende:

#### Vorsitzender:

SPÖ Bürgermeister Franz Dobusch

#### Die VizebürgermeisterInnen:

SPÖ Christiana Dolezal  
SPÖ Klaus Luger  
ÖVP Dr. Erich Watzl

#### Die StadträtInnen:

SPÖ Johann Mayr  
GRÜNE Mag.<sup>a</sup> Eva Schobesberger  
ÖVP KommR<sup>in</sup> Susanne Wegscheider  
FPÖ Detlef Wimmer

#### Die GemeinderätInnen:

ÖVP LAbg. Mag. Bernhard Baier  
SPÖ Markus Benedik  
ÖVP Ing. Peter Casny  
SPÖ Helga Eilmsteiner  
SPÖ Manfred Fadl  
SPÖ Regina Fechter-Richtinger  
ÖVP Thomas Fediuk  
SPÖ Christian Forsterleitner  
SPÖ Stefan Giegler  
SPÖ Johannes Greul  
KPÖ Mag.<sup>a</sup> Gerlinde Grün  
ÖVP Josef Hackl  
SPÖ Claudia Hahn  
GRÜNE Mag.<sup>a</sup> Marie Edwige Hartig  
ÖVP Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer  
ÖVP Karl Anton Haydtner  
FPÖ Markus Hein  
SPÖ Karin Hörzing  
ÖVP Dipl.-Ing. Stefan Hutter

ÖVP Christoph Jungwirth  
SPÖ Erich Kaiser  
ÖVP Waltraud Kaltenhuber  
FPÖ Ute Klitsch  
SPÖ Miriam Köck  
FPÖ Markus Krazl  
SPÖ Wolfgang Kühn  
ÖVP Mag.<sup>a</sup> Veronika Leibetseder  
GRÜNE Gerda Lenger  
SPÖ Thomas Lettner  
SPÖ Ana Martincevic  
ÖVP Maria Mayr  
GRÜNE Severin Mayr  
ÖVP Ernst Murauer  
FPÖ Anita Neubauer  
FPÖ Werner Pfeffer  
ÖVP Cornelia Polli  
FPÖ Michael Raml  
Reinhard Reiman, MBA  
SPÖ Karl Reisinger  
SPÖ Erika Rockenschaub  
GRÜNE Ursula Roschger  
SPÖ Karl Schedlberger  
ÖVP Mag. Martin Sonntag  
ÖVP Markus Spannring  
SPÖ Klaus Strigl  
GRÜNE Michael Svoboda  
FPÖ Horst Rudolf Übelacker  
SPÖ Helmut Weibel  
SPÖ Gerhard Weixelbaumer  
SPÖ Erika Wundsam

#### Der Magistratsdirektor:

Dr. Erich Wolny

#### Der Präsidialdirektor:

Dr. Ernst Inquart

## Tagesordnung

### **A ANTRAG NACH § 12 IN VERBINDUNG MIT § 15 (3) STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ 1992 IM ZUSAMMENHANG MIT DEM PRÜFBERICHT DES BUNDESRECHNUNGSHOFES „FREMDWÄHRUNGS- UND ZINSABSICHERUNGSGESCHÄFTE DER STADT LINZ, DER IMMOBILIEN LINZ GMBH UND LINZ AG“**

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Bürgermeister Dobusch eröffnet die 35. Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die Anwesenden und die Damen und Herren auf der Galerie und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Gemeinderat Eichinger-Wimmer und Gemeinderat Leidenmühler, beide SPÖ, Gemeinderat Ing. Hofer, ÖVP, Gemeinderat Mag. Pühringer und Gemeinderätin Schmied, beide Die Grünen, Gemeinderat Pühringer und Gemeinderätin Walcher, beide FPÖ. Gemeinderat Greul, SPÖ, und Gemeinderätin Polli, ÖVP, kommen etwas später in die Sitzung.

#### **Bürgermeister Dobusch:**

„Es ist ein Antrag eingebracht worden von der ÖVP zum Rechnungshofprüfbericht, dass dieser in einer eigenen Sitzung behandelt werden sollte. Dem kommen wir mit dieser Sitzung nach und ich darf Herrn Vizebürgermeister Dr. Watzl als Berichterstatter um seinen Bericht ersuchen.“

**Vizebürgermeister Dr. Watzl** berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten

### **A ANTRAG NACH § 12 IN VERBINDUNG MIT § 15 (3) STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ 1992 IM ZUSAMMENHANG MIT DEM PRÜFBERICHT DES BUNDESRECHNUNGSHOFES „FREMDWÄHRUNGS- UND ZINSABSICHERUNGSGESCHÄFTE DER STADT LINZ, DER IMMOBILIEN LINZ GMBH UND LINZ AG“**

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne, in der Sitzung des Gemeinderates am 7. April 2011 wurde auf Antrag der ÖVP-Fraktion folgende Resolution einstimmig beschlossen: ‚Der Österreichische Rechnungshof wird ersucht, die seit 3. Juni 2004 von der Stadt Linz getätigten Finanztermingeschäfte einer umfassenden Initiativprüfung zu unterziehen und anschließend dem Gemeinderat einen Prüfbericht vorzulegen.‘

Vor diesem Hintergrund und auf Ersuchen der Oberösterreichischen Landesregierung hat der Rechnungshof die Gebarung der Landeshauptstadt Linz sowie der strategischen stadteigenen Gesellschaften Immobilien Linz GmbH und Linz AG betreffend einen Abschluss von Finanzgeschäften, insbesondere die

Fremdwährungs- und Zinsabsicherungsgeschäfte geprüft. Anfang Juni ist dieser Bundesrechnungshofbericht übermittelt worden.

Dieser Bundesrechnungshofbericht liegt vor und es ist heute Gegenstand der Beratung, Gegenstand der Debatte, sich mit diesem Bundesrechnungshofbericht, den Feststellungen, den Empfehlungen auch auseinander zu setzen.

Dieser Rechnungshofbericht trifft einerseits erfreulicherweise Feststellungen, die die Position unserer Stadt im Zivilprozess gegenüber der BAWAG stärken und unterstützen. Beispielsweise, wenn der Rechnungshof darauf hinweist, dass gemäß § 867 ABGB für die Verträge mit juristischen Personen des öffentlichen Rechtes Sonderregelungen zum Vertrauensschutz bestanden. Demnach hätte sich jeder, so der Rechnungshof, der mit einer Stadt ein Geschäft abschloss, über deren gesetzliche Grundlage und im Falle einer Statutarstadt wie Linz damit auch über das Statut für die Landeshauptstadt zu informieren.

Ich glaube, dass das eine Feststellung ist, die auch unsere Argumentationslinie im Zivilprozess gegen die BAWAG unterstützt, weil es darum geht, die Frage des Vertrauens, die Frage von Aufklärungs- und Sorgfaltspflichten klarzustellen.

Eine weitere Feststellung des Bundesrechnungshofes: ‚Laut den Bestimmungen des Stadtstatutes waren der Stadt Linz für die Aufnahme von Darlehen und für den Erwerb von Derivativen und sonstigen Finanzinstrumenten Grenzen gesetzt.‘ Diese sahen unter anderem für den Abschluss für Finanzgeschäfte über einer bestimmten Wertgrenze eine Genehmigung des Gemeinderates bzw. auch der Landesregierung als Aufsichtsbehörde vor. In diesem Zusammenhang vertrat der Rechnungshof die Auffassung, dass Derivative, weil sie die Konditionen und die Risikostruktur bestehender, vom Gemeinderat genehmigter Grundgeschäfte, also Darlehen, nachträglich veränderten, diesen Grundgeschäften hinsichtlich der Genehmigungspflicht gleichzuhalten waren. Auch diese Feststellung des Bundesrechnungshofes unterstützt erfreulicherweise unsere Position, die bekanntermaßen die ist, dass diese Geschäfte, insbesondere dieser Swap 4175, unwirksam wären.

Andererseits stellt der Bundesrechnungshof in seinem Bericht schon eines auch klar, dass sich die finanzielle Situation in unserer Stadt, vorsichtig gesagt, dramatisch entwickelt und der Bundesrechnungshof stellt in seinen Feststellungen auch eines klar, dass die politisch Verantwortlichen, konkret Bürgermeister Dobusch und Finanzstadtrat Mayr, ein politisches Fehlverhalten an den Tag gelegt haben.

Beispielsweise, wenn der Bundesrechnungshof unter dem Titel ‚Ausgangslage‘ davon spricht, ich zitiere: ‚Im Jahr 2006 beliefen sich die Finanzschulden der Stadt auf rund 350,83 Millionen Euro, bis zum Jahr 2010 stiegen sie um 58 Prozent auf rund 554,33 Millionen Euro. Die Finanzschulden machten im Jahr 2006 64 Prozent des jährlichen Haushaltes aus, im Jahr 2010 bereits 86 Prozent. Die Schulden der Stadt, der Immobilien Linz GmbH und Co KG und der Linz AG beliefen sich zusammengerechnet auf rund 883,06 Millionen Euro im Jahr 2006 und sind auf rund 1,523 Milliarden Euro im Jahr 2010 angestiegen. Das bedeutete‘, so der Bundesrechnungshof, ‚eine Steigerung im Überprüfungszeitraum 2006 bis 2010 um 72 Prozent. Dieses Schuldenportfolio bildete die Grundlage bzw. den Rahmen für die später abgeschlossenen Derivative.‘

Mit dieser Feststellung bringt der Bundesrechnungshof, und nicht die ÖVP, eines auf den Punkt: dass die finanzielle Situation eine angespannte ist und dass wir uns in Wahrheit bereits bis 2010 - und die Jahre 2011, 2012 wurden nicht besser, sondern die Schieflage schlechter – auf einem wirklich sehr, sehr bedenklichen Weg befinden.

Der Bundesrechnungshof zeigt auch dieses Jahr 2004 auf. In diesem Jahr – da können sich viele noch erinnern - wurde hier im Gemeinderat ein Beschluss gefasst, mit dem die Verantwortlichkeit des Linzer Gemeinderates an die Finanzverwaltung im Einvernehmen mit Finanzstadtrat Mayr delegiert wurde. Dazu führt der Bundesrechnungshof – bekannterweise wurde dieser Beschluss ohne die Stimmen der ÖVP gefasst - wie folgt aus: ‚Die Delegation an die Finanz- und Vermögensverwaltung widersprach dem Stadtstatut, wonach in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallende Aufgaben per Verordnung nur an den Stadtsenat delegiert werden können.‘

Weiters führt er in diesem Zusammenhang aus, dass die im Beschluss verwendeten Begriffe Optimierung, Marküblichkeit zu wenig spezifiziert waren und somit der Beurteilung der ausführenden Stellen überlassen. Dies stellte in Anbetracht der fehlenden städtischen Risikomanagementsysteme eine weit reichende Ermächtigung dar. Damit bringt der Bundesrechnungshof ganz klar zum Ausdruck, dass der Beschluss im Jahr 2004, ohne die Stimmen der ÖVP, ein rechtswidriger war und, gesetzt den Fall, er wäre nicht rechtswidrig, zu wenig konkretisiert war, kurzum, so der Bundesrechnungshof, damit eine Ermächtigung in einem weit reichenden Ausmaß getroffen wurde.

Der Bundesrechnungshof setzt sich auch mit dem Jahr 2006 auseinander. In diesem Jahr hat unser Bürgermeister am 26. September 2006 einen Rahmenvertrag mit der BAWAG abgeschlossen. Konkret stellt der Bundesrechnungshof fest: ‚Der Rechnungshof stellt kritisch fest, dass der Bürgermeister der Stadt Linz trotz Fehlens funktionierender Rahmenbedingungen in Bezug auf das Risikomanagement den Rahmenvertrag abschloss und zwei Personen zum Abschluss von auch komplexen Finanzgeschäften bevollmächtigte, ohne die auf weitere risikoreiche Finanzgeschäfte deutenden Hinweise im Schreiben des Finanzdirektors vom 13. September 2006 näher zu hinterfragen und eine weitere rechtliche Expertise einzuholen. Diese konnten damit weit reichende finanzielle Verpflichtungen für die Stadt Linz rechtswirksam eingehen.‘

Der Bundesrechnungshof: ‚Das Ermöglichen solcher risikoreichen Geschäfte ohne Vorliegen eines professionellen Risikomanagements war nicht zu rechtfertigen.‘

Der Bundesrechnungshof setzt sich auch mit dem November 2008 auseinander. Konkret, der Rechnungshof kritisierte auch die Rolle des Finanzreferenten, der darüber hinaus aus dem nachweislichen Schreiben der BAWAG/PSK, das die negative Entwicklung der Derivativs Nr. 9, uns bekannt als Swap 4175, anhand negativer Marktwerte darstellte, nicht die aufgrund umfangreicher Vorinformationen gebotene Bedeutung beimaß.‘

Ich könnte noch einige konkrete Feststellungen des Bundesrechnungshofes aus seinem Bericht zitieren, die eines belegen: dass sehr wohl politisches Fehlverhalten festgestellt wurde.

Ein dritter Punkt, der mir in dem Zusammenhang wichtig erscheint, der heute in diesem Gemeinderat diskutiert und debattiert werden soll, ist die Frage, wie sich das politische Klima, wie sich das Meinungsbild der Linzer Bevölkerung zu diesem - aus meiner Sicht dramatischen - Bereich darstellt.

Das politische Klima aus einer aktuellen Umfrage: Auf die Frage nach Konsequenzen meint die Linzer Bevölkerung in einer repräsentativen Umfrage, die im Juni durchgeführt wurde, es ist der Rücktritt des Finanzstadtrates Mayr zu 64 Prozent gerechtfertigt, der Rücktritt des Bürgermeisters zu 46 Prozent und 49 Prozent der Linzer Bevölkerung meinen, es braucht Neuwahlen, weil das Klima eine Arbeitsweise, die in dieser schwierigen Situation notwendig ist, nicht ermöglicht.

Und wenn Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in einer Zeitung meinen, wir nehmen die ÖVP nicht ganz ernst' - Zitat Bürgermeister Dobusch - dann kann ich sagen, das steht Ihnen als Demokrat selbstverständlich zu, eine andere politische Partei zu klassifizieren, zu sagen, die nehme ich ernst, die nehme ich nicht ernst. Mir ist es wichtig hier im Gemeinderat aber eines festzustellen, Herr Bürgermeister: Hätten Sie die ÖVP ernst genommen, dann hätten wir keinen Beschluss, der im Effekt 195 Millionen Schweizer Franken bedeutet hätte. Hätten Sie die ÖVP ernst genommen, dann hätten wir 2004 keinen Delegationsbeschluss gefasst. Hätten Sie die ÖVP ernst genommen, dann hätten wir heute nicht dieses politische Klima, dann hätten wir nicht einen drohenden Schaden, der wie ein Damoklesschwert über der Linzer Bevölkerung hängt.

Ich kann nur an Sie, Herr Bürgermeister, appellieren, wenn Sie schon die ÖVP nicht ernst nehmen, dann nehmen Sie die Linzer Bevölkerung ernst. Denn die hat Ihnen mit diesem Befund einen Misstrauensantrag ausgerichtet, einem Bürgermeister, der über Jahre, Jahrzehnte in dieser Stadt zweifelsohne auch Gutes bewirkt hat, aber ein derartiger Befund spricht eine ganz klare Sprache.

Es geht heute darum, auch aus den Empfehlungen des Bundesrechnungshofes die inhaltlichen Konsequenzen so schnell wie möglich zu ziehen. Das wird in der Debatte in Form von Zusatzanträgen noch konkretisiert werden. Es geht aber auch darum, dass wir die politischen Konsequenzen aus diesem Bericht ziehen, aus dem Klima, das derzeit herrscht und das heißt - und das ist auch meine Aufforderung -, Herr Bürgermeister, nehmen Sie die Linzer Bevölkerung ernst, machen Sie und Herr Finanzstadtrat Mayr den Weg frei für einen Neustart, wo diese Aufräumarbeiten endlich beginnen können. Denn ich verstehe eines, man braucht hier jemanden, der wirklich die Hände für die Stadt frei hat. Ich stelle daher den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

**„Die im Rechnungshofbericht ausgesprochenen Empfehlungen sollen so rasch wie möglich umgesetzt werden.“**

Ich bitte Sie um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

**Gemeinderat Mag. Baier:**

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Berichterstatter hat dargelegt, wo-

rin die besonderen Kritikpunkte und die Kernpunkte des Bundesrechnungshofberichtes liegen. Ich möchte jetzt auf einen Aspekt besonders und noch näher eingehen, der noch nicht im Bundesrechnungshofbericht so intensiv dargelegt wurde, weil sich die Tatsachen erst in der letzten Zeit der näheren Öffentlichkeit dargestellt haben, nämlich wie ist man nach dem Bekanntwerden im März 2010, nach dem Bekanntwerden der Spekulationsgeschäfte mit diesen Geschäften umgegangen, wie sah das Krisenmanagement der Verantwortlichen in diesem Zusammenhang aus.

In weiterer Folge möchte ich ankündigen, nachdem ich den Eindruck habe, dass sich die Wortmeldungen der anderen Fraktionen derzeit noch in Grenzen halten, dass sich jedes Mitglied der ÖVP-Fraktion zu einem wichtigen Punkt und zu einem wichtigen Aspekt im Bundesrechnungshofbericht zu Wort melden wird. Ich hoffe, dass wir die Meinung und die Sichtweise der anderen Fraktionen zu diesem wichtigen Bundesrechnungshofbericht für die Stadt Linz erfahren werden.

Wenn nicht, muss ich mir die Frage stellen, wie ernst es die übrigen Fraktionen nehmen mit den Ausführungen des Bundesrechnungshofberichtes, aber insbesondere auch die Verantwortlichen, die in diesem Bundesrechnungshofbericht nicht nur indirekt, sondern direkt ganz klar und deutlich angesprochen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Jahr 2010: Ich darf in Erinnerung rufen, dass bisher bekannt ist, dass nach einem Anruf oder nach einem Telefonat mit Schweizer Banken oder mit der Bankenwelt Hinweise gegeben waren, dass hoch riskante Spekulationsgeschäfte im Bereich der Finanz- und Vermögensverwaltung vorliegen. Nach diesem Bekanntwerden gab es dann am 13. April 2010 - so zumindest derzeit unser Wissensstand - ein Gespräch zwischen dem ehemaligen Finanzdirektor XXXX und Dr. Schmid sowie von Seiten der BAWAG von einigen Verantwortungsträgern, wo über konkrete Auflösungszenarien und über eine Summe für eine Auflösung dieses Geschäftes gesprochen wurde, etwa in der Höhe von 90 Millionen Euro.

In weiterer Folge ist das nächste Gespräch vom 6. Juli dokumentiert - alles noch zu einem Zeitpunkt, wo die Öffentlichkeit und die übrigen Fraktionen im Linzer Gemeinderat darüber nicht informiert waren - zwischen Bürgermeister Dobusch, Finanzreferent Mayr, Finanzdirektor XXXX und von Seiten der BAWAG XXXXXXXX und XXXX. Am 6. Juli wurde über dieses Geschäft diskutiert und beraten und wie eine weitere Vorgangsweise aussehen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf an dieser Stelle darauf verweisen, dass in diesem Zeitraum kurz vorher eine Finanzausschusssitzung stattgefunden hat, wo die Mitglieder des Finanzausschusses über dieses Geschäft nicht informiert wurden, zumindest nicht in dieser Tragweite und in dieser Dimension informiert wurden. Im Gegenteil, wir wissen und es ist aktenkundig, dass der Debt-Management-Bericht für die Finanzausschusssitzung im Frühjahr 2010 nachweislich verändert worden ist. Der Entwurf, der sehr wohl die ganze Risikobandbreite zum damaligen Zeitpunkt wiedergegeben hat, wurde nachweislich verändert und ein anderer, wesentlich harmloserer Bericht den Mitgliedern des Finanzausschusses vorgelegt.

Ich möchte Ihnen dazu mitteilen, dass Sie, Herr Stadtrat Mayr, am 30. Juni 2010, also nach der Finanzausschusssitzung und unmittelbar vor dem Gespräch

am 6. Juli in einem oberösterreichischen Medium gesagt haben: ‚Insgesamt erzielen wir mit unseren Zinssicherungsgeschäften aber immer noch ein deutliches Plus, verteidigt Mayr diese Entwicklung. An eine Aufkündigung dieser Kreditgeschäfte denke man jedenfalls nicht.‘

Das, was wir heute aus den Unterlagen, aus den Protokollen wissen ist, dass Sie zum damaligen Zeitpunkt schon voll und ganz über die Tragweite informiert waren, Sie die anderen Fraktionen, die Öffentlichkeit aber nicht darauf hingewiesen, sondern im Gegenteil, im Glauben gelassen haben, es würde sich dabei um eine positive Entwicklung bei diesen Geschäften handeln. Am 6. Juli gab es dieses Gespräch - das nur zur Erinnerung. Zu diesem Zeitpunkt liegt die interne Bankbewertung bei 200 Millionen Euro. Also seit 13. April bis zum 6. Juli gab es eine negative Entwicklung von rund 110 Millionen Euro. Das wussten Sie zu diesem Zeitpunkt. Herr Bürgermeister, Sie wussten zu diesem Zeitpunkt, dass es diese Entwicklung gibt, Herr Stadtrat Mayr, auch Sie wussten es. Ich frage mich, warum haben Sie nichts gesagt? Wie sah Ihr Krisenmanagement in dieser Situation aus? Die Linzerinnen und Linzer haben ein Recht darauf zu erfahren, was ist in dieser Zeit geschehen und was war das konkrete Ergebnis.

Mir ist völlig klar, dass das an dieser Stelle unangenehm sein mag. Ich würde hier in diesem Gemeinderat auch viel lieber über andere Themen reden, aber es hat in der Bedeutung und in der Tragweite eine Entwicklung genommen, die uns dazu nötigt, dieses Thema heute in einer Sondersitzung des Gemeinderates zu erläutern.

Nächstes Gespräch am 5. August 2010. Wieder die Runde Dr. Dobusch, Dr. Mayr und Dr. Schmid - Finanzdirektor XXXX war zu diesem Zeitpunkt auf Urlaub -, auf Seiten der BAWAG XXXXXXXX, XXXXXXXX, XXXX, XXXXXXXX - zumindest wissen wir das aus den Unterlagen. Wenn es so nicht ganz richtig ist, Herr Bürgermeister, können Sie uns darüber aufklären, wer sonst noch dabei gewesen ist. Die Marktentwicklung wurde besprochen, Sie haben nach den Unterlagen, die dem Sonderkontrollausschuss vorliegen, von einem Angebot gesprochen, wie man das Ganze anders gestalten könnte - eine Anleihe mit einer Verzinsung von zirka fünf Prozent. Letztlich dann eine Delegation an die Finanzverwaltung, bis Ende August solle man konkrete Szenarien errechnen. Was hat die Öffentlichkeit erfahren? Nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist festgehalten, wenn es so stimmt, dass Sie dort, Herr Dr. Dobusch, gesagt haben, ja, Sie wissen, Linz habe Fehler gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Linz, darf ich sagen, hat keine Fehler gemacht. Die Fehler liegen nicht bei den Linzerinnen und Linzern, die Fehler liegen bei den Verantwortlichen für diese Bereiche. Zum besseren Verständnis: Die Bankbewertung liegt zu diesem Zeitpunkt ebenfalls bei rund 200 Millionen Euro.

Im Laufe des August treffen sich auf einer beamteten Ebene Oberchristl - die damalige Mitarbeiterin vom Büro Dr. Mayr - und der damalige Finanzdirektor XXXX, auf Seiten der BAWAG zwei Mitarbeiter. Drei Vorschläge werden gerechnet, Planspiele werden erstellt, wie man damit umgehen könnte.

Ende August gibt es eine Telefonkonferenz. Jetzt liegt die interne Bankbewertung schon bei 250 Millionen Euro. Telefonkonferenz Dr. Mayr, XX XXXX,

Frau Oberchristl, gemeinsam mit der BAWAG, wo man ein konkretes Angebot näher ins Auge fasst. Sie, Herr Dr. Mayr, haben damals eine Antwort von Seiten der Stadt zugesagt, zumindest ist das in den Unterlagen, die dem Sonderkontrollausschuss vorliegen, festgehalten. Die Zeit verstreicht, es gibt keine Antwort, die Lösung bleibt offen, das Geschäft läuft weiter und die Verluste gehen weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herbst und Winter, wieder nichts. Ende des Jahres 2010 sind die Öffentlichkeit und die anderen Fraktionen noch immer nicht informiert. Interne Bankbewertung 310 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren. Innerhalb eines dreiviertel Jahres mehr als 200 Millionen Euro! Davon wussten Sie.

Dann nächste Runde, 4. Februar 2011, Dr. Dobusch und Dr. Mayr mit den Vorständen der BAWAG. Es wird immer dramatischer. Ein dringender Appell von verschiedenen Seiten, man möge dringend Handlungsalternativen ergreifen, um das Thema anzugehen. Wieder verstreicht die Zeit bis zum 11. März 2011. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Katastrophe Fukushima. Ab dann bricht der Frankenkurs noch dramatischer ein und das Desaster entwickelt sich zur absoluten Katastrophe für Linz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Bankbewertung zu diesem Zeitpunkt beläuft sich am 31. März 2011 bei 252 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach einem Jahr des Nichtstuns, nach einem Jahr Zeit verstreichen lassen werden die anderen Fraktionen erst über die ganze Bandbreite und über die ganze Katastrophe informiert. Auch die Öffentlichkeit erfährt es erst zu diesem Zeitpunkt. Ich frage mich, Herr Dr. Dobusch, was hat Sie daran gehindert, nicht unmittelbar im März 2010 in Gespräche mit den Fraktionen, mit den Verantwortungsträgern einzutreten? Warum haben Sie nicht die Öffentlichkeit informiert? Warum hat man nicht unverzüglich in dieser Zeit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diese Katastrophe, die zweifelsohne schon fortgeschritten war, aber zumindest noch einigermaßen eindämmbar gewesen wäre, zu stoppen? Stattdessen vergeht ein ganzes Jahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, und die Millionen purzeln.

Sie werden sagen, weil wir von der BAWAG über den Tisch gezogen worden sind, weil wir von der BAWAG nicht entsprechend aufgeklärt worden sind, weil das Rechtsgeschäft nicht gültig gewesen ist. All das sind die Argumente und Vorbringen, für die wir gemeinsam kämpfen, dass dem Gehör geschenkt wird im Zivilprozess. Sie selbst haben dann angekündigt, Linz wird diesen Prozess gewinnen. Auch diesen Aussagen haben wir Glauben geschenkt. Wir wissen aber seit der ersten vorbereiteten Tagsatzung vor dem Handelsgericht in Wien, dass der Richter unmittelbar unmissverständlich festgestellt hat, ein eins zu null wird das für keine Seite.

Das steht zu befürchten und über diese Verantwortung müssen wir heute reden, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wir wollen von Ihnen dazu eine Antwort hören. Heute gibt es die Möglichkeit und ich hoffe sehr, dass Sie keine Gesprächsverweigerung an dieser Stelle machen, denn nicht wir, sondern die Linzerinnen und Linzer haben eine Antwort auf diese Fragen verdient.

Nicht genug, es gibt noch ein zweites Geschäft, das große Risiken in sich birgt, die 195 Millionen Schweizer-Franken-Anleihe, die schon öfters Thema in diesem



Haus war. Wir haben dazu schon einstimmig einen freiheitlichen Antrag beschlossen, der eine Konvertierung dieser 195 Millionen Schweizer-Franken-Anleihe vorsieht. Der wurde dem Finanzausschuss zugewiesen, dort gab es auch erste Informationen. Das Problem ist, ein Plan, eine abgestimmte Vorgangsweise zwischen den Fraktionen fehlt noch immer.

Herr Dr. Mayr, es liegt von Ihnen als verantwortlicher Finanzreferent noch immer kein konkreter Vorschlag auf dem Tisch. Sie wissen, dass wir in Bezug auf diese 195 Millionen Schweizer Franken-Anleihe noch immer ein extrem hohes Wechselrisiko tragen. Wir alle kennen den Schweizer-Franken-Kurs, weil wir uns den, was früher nicht der Fall war, fast täglich mittlerweile anschauen - 1,22 heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer es noch nicht getan hat.

Vor diesem Hintergrund braucht es dringend eine Strategie, einen Plan, wie wir damit umgehen. Man kann nicht einfach so tun, als hätten wir Zeit, weil es wird wahrscheinlich hoffentlich eh nichts passieren und wenn etwas passiert, dann wissen wir nicht, wie wir damit umgehen sollen. Es ist ein Vorschlag von Ihnen notwendig und daher stellen wir heute den **Zusatzantrag**:

Der Gemeinderat beschlieÙe:

**,Zudem wird der Finanzreferent beauftragt**

**1. den Mitgliedern des Finanz- und Hochbauausschusses umgehend den im Oktober 2005 mit der Kommunalkredit abgeschlossenen Vertrag betreffend die 195 Millionen Schweizer Franken-Anleihe zu übermitteln,**

**2. in der kommenden Sitzung des Finanz- und Hochbauausschusses (§ 10 GO-Au) den Ausschussmitgliedern eine nachvollziehbare Aufstellung über die seit 1993 jeweils gezahlten Zinsen samt dem effektiven Zinssatz (untergliedert nach den einzelnen Fremdwährungs-Kredit/-Anleihen und den einzelnen Jahren seit 1993) vorzulegen,**

**3. in der kommenden Sitzung des Finanz- und Hochbauausschusses (§ 10 GO-Au) den Ausschussmitgliedern alle bestehenden Szenarien (Konvertierung, mögliche Absicherungsinstrumente, Verbleib im Schweizer Franken ohne absichernde Maßnahmen), wie mit der 195 Millionen Schweizer Franken-Anleihe weiter vorgegangen werden kann, darzulegen, sowie welche Kosten bei den jeweiligen Szenarien entstehen und welche Risiken unter Umständen jeweils verbleiben sowie**

**4. auf Grundlage dessen im Finanz- und Hochbauausschuss (§ 10 GO-Au) einen Vorschlag des Finanzreferenten und des Bürgermeisters vorzulegen, welches Szenario betreffend die 195 Millionen Schweizer Franken-Anleihe aus deren Sicht dem Gemeinderat empfohlen wird.'**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein ganz, ganz entscheidender Punkt, der auch vom Rechnungshof empfohlen wird. Der Rechnungshof kritisiert, dass wir in Bezug auf dieses Geschäft keine Risikostrategie und keinen Plan haben, wie wir damit weiter umgehen wollen. Wir können und dürfen diesbezüglich die Hände nicht weiter in den Schoß legen. Und meine sehr

geehrten Damen und Herren von der freiheitlichen Fraktion, auch wenn wir bereits einen Antrag beschlossen haben, ja, es war euer Antrag, wir haben zugestimmt, er liegt im Finanzausschuss, alles das ist zu unterschreiben, aber es ist noch immer nichts geschehen.

Wir müssen heute dazu einen Beschluss fassen und daher legen wir diesen Zusatzantrag heute vor, damit uns in Bezug auf dieses Geschäft nicht eine ähnliche Gefahr droht und eine Entwicklung entsteht, wie das etwa beim 4175 der Fall war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es gesagt, es wäre meiner Fraktion wesentlich lieber, wir könnten über andere Themen, über wichtige Zukunftsprojekte der Stadt reden, wir könnten über wichtige Verkehrsprojekte reden, wir könnten über Stadtentwicklung reden, wir könnten über wirtschaftspolitische Maßnahmen reden, wir könnten über die Sozialpolitik reden, wir könnten über die Gesundheitspolitik reden. Das ist derzeit aber nicht möglich, weil wir vor einem Finanzscherbenhaufen stehen und daher müssen wir uns an erster Stelle um die Lösung dieser Probleme kümmern. Wenn Sie es nicht tun oder nicht wollen, wir werden nicht locker lassen, bis die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass Sie sehen, dass es uns hier nicht um eine selbstdarstellerische Maßnahme geht. (Heiterkeit) Sie können das sehr lustig finden, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, mir ist das Lachen längst vergangen, Sie sehen es an meinem Gesichtsausdruck. Ich bin an und für sich ein heiterer Mensch, aber ich darf Ihnen sagen, bei dieser Dramatik alleine der Chronologie 2010, wenn Ihnen da noch zum Lachen zu Mute ist, dann frage ich mich, wie ernst Sie Ihre Arbeit in diesem Hause nehmen. Das ist beschämend, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall ÖVP) Dieses Niveau haben Sie als SPÖ nicht notwendig. (Zwischenrufe)

Und das Zweite ist, diese Anleihe braucht - mein dringender Appell - ein geordnetes Szenario, denn wir alle tragen Verantwortung. Wir sind im vollen Wissen, dass es diese Anleihe gibt, wir sind im vollen Wissen, wie sich der Wechselkurs entwickelt und wir sind im vollen Wissen, welche Gefahren drohen können. Und daher braucht es eine entsprechende Handlung in diesem Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe auf Ihre Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

#### **Gemeinderat Spannring:**

„Sehr geehrte Damen und Herren, ich halte es für sehr wichtig, den Rechnungshofbericht nicht als Belastung, sondern als Hilfestellung für die Zukunft zu sehen. Niemals mehr soll es zu einer Situation kommen, die quasi existenzbedrohend für unsere Heimatstadt, für die Heimatstadt der Linzerinnen und Linzer ist. Man sollte daher die Anmerkungen und Feststellungen des Rechnungshofes nüchtern betrachten und selbstkritisch hinterfragen, wie es so weit kommen konnte und was man tun kann, um für die Zukunft abgesichert und gut gerüstet zu sein.

Ich möchte gleich in den Bericht des Rechnungshofes einsteigen und daraus Folgendes zitieren: „Für die Landeshauptstadt Linz ergab sich aus dem Statut in Zusammenhang mit Artikel 119 a B-VG ein Verbot der Übernahme von zu großen

Risiken (Spekulationsverbot).’ Zitat Ende. Trotz dieses Spekulationsverbotes und zahlreicher anderer gesetzlicher Bestimmungen ist es so weit gekommen, dass der Swap 4175 und die daraus potentiell resultierenden Konsequenzen die Linzerinnen und Linzer heute bedrohen. Wir stehen dafür, dass dieses Spekulationsverbot zu 100 Prozent eingehalten wird - in der Stadt selbst, aber auch in den Unternehmen der Stadt Linz.

Der § 62a unseres Statutes besagt dazu, ich zitiere: ‚Die Stadt hat in den Gesellschaftsverträgen, Statuten und dergleichen von Unternehmungen, an denen sie allein oder gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden zu mehr als 50 Prozent beteiligt ist, verpflichtend, jedenfalls so weit es nach gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen zulässig ist, ein Verbot von Rechtsgeschäften sicherzustellen, die ein unverhältnismäßig hohes finanzielles Wagnis bedeuten.‘ Zitat Ende.

Aufgrund dieser Bestimmung stellen wir einen **Zusatzantrag** mit dem Titel, Spekulationsverbot in den Unternehmungen der Stadt Linz sicherstellen:

Der Gemeinderat beschließe:

**‚Zudem wird der Bürgermeister beauftragt, zu prüfen, ob in Umsetzung des § 62a Statut der Landeshauptstadt Linz eine Änderung der Gesellschaftsverträge, Statuten und dergleichen von Unternehmungen der Stadt Linz erforderlich ist.‘**

Ich ersuche Sie anschließend um Zustimmung zu diesem Zusatzantrag.

Aber es gibt nicht nur den leider berühmt berüchtigten 4175, der Rechnungshof stellt in seinem Bericht eine Aufstellung von Derivat-Geschäften allgemein dar; er hat sie nach Wirkung und Ausgestaltung, sowie nach Erfüllung des Absicherungszweckes untersucht. Und da sieht man einmal vorab, meine Damen und Herren, dass der 4175 nicht das einzige Derivat-Geschäft ist, mit dem sich der Rechnungshof beschäftigen musste. Vielmehr sieht man, dass die Stadt Linz, die Immobilien Linz GmbH und die stadt-eigene Linz AG in Summe 23 Derivat-Geschäfte abgeschlossen haben, die der Rechnungshof kontrolliert hat.

Die acht Geschäfte der Linz AG möchte ich heute beiseite lassen, alle haben laut Rechnungshof ihren Absicherungszweck erfüllt. Konzentrieren möchte ich mich auf die 15 Geschäfte, die die Stadt Linz und die Immobilien Linz GmbH betreffen. Wissen Sie, wie viele dieser 15 Geschäfte laut Rechnungshof ihrem tatsächlichen Zweck, nämlich einem Absicherungsgedanken zu folgen, tatsächlich entsprochen haben? Genau zwei von 15. Genau bei zwei dieser 15 Geschäfte sagt der Rechnungshof, ja, diese Geschäfte waren dazu geeignet, das Steuergeld der Linzerinnen und Linzer abzusichern. Bei weiteren acht Derivat-Geschäften sagt der Rechnungshof: ‚Diese waren zumindest zum Teil geeignet, Linzer Geld abzusichern.‘ Und bei fünf Geschäften sagt der Rechnungshof: ‚Diese Geschäfte haben keinen Absicherungszweck erfüllt.‘

Weiters sagt der Rechnungshof, dass vor Abschluss dieser Geschäfte keine Risikoberechnungen insbesondere hinsichtlich der mit den einzelnen Finanzinstrumenten verbundenen finanziellen Risiken im Sinne einer Gesamtrisikoaanalyse durchgeführt wurden. Die operative Abwicklung der Derivat-Geschäfte war laut Rechnungshof mangelhaft.

Ich halte daher folgende Dinge fest: Dem finanztechnischen Agieren wären rechtliche Grenzen gesetzt gewesen - diese wurden laut Rechnungshof nicht eingehalten. Es gab kein professionelles Risikomanagement, das Vier-Augen-Prinzip wurde nicht eingehalten, schriftliche Aufzeichnungen, wie im Inneren Dienst eigentlich vorgesehen, wurden nicht gemacht. Ein Antrag, der statutenwidrig ist, gelangte nach Prüfung durch das Präsidium, das Ihnen, Dr. Dobusch, untersteht, in den Gemeinderat und wurde von SPÖ, Grünen und Freiheitlichen beschlossen.

Sie, Herr Dr. Dobusch, haben einen Rahmenvertrag unterschrieben. Der Rechnungshof sagt dazu: ‚Zum Zeitpunkt des Abschlusses verfügte die Stadt Linz über keine Regelungen betreffend Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips und das Erfordernis einer Risikobewertung und -limitierung. Der Finanzdirektor und sein Stellvertreter konnten damit weit reichende finanzielle Verpflichtungen für die Stadt rechtswirksam eingehen. Das Ermöglichen solcher risikoreichen Geschäfte ohne Vorliegen eines professionellen Risikomanagements war nicht zu rechtfertigen.‘

Das heißt also, selbst ohne den 4175 haben Sie, Herr Dr. Dobusch, durch das Unterzeichnen von Verträgen, durch das Nicht-Protokollieren und Nicht-Kontrollieren im Inneren Dienst und durch Fehlentscheidungen und Fehlverhalten im Inneren Dienst die Verantwortung zu tragen. Im Magistrat Linz ist offensichtlich einiges schief gelaufen. Sie haben offensichtlich den Laden nicht im Griff, um es salopp zu sagen, und das völlig unabhängig vom Swap 4175. Ich frage Sie, Herr Dr. Dobusch, wer, wenn nicht Sie als Bürgermeister, trägt für diese Missstände die Verantwortung? Ich sage es und mit mir, glaube ich, eine große Mehrheit der Linzerinnen und Linzer: Herr Dr. Dobusch, Sie tragen dafür die Verantwortung und ich fordere Sie auf, sich dieser Verantwortung zu stellen, aus diesen Missständen die Konsequenzen zu ziehen.

Eine Zahl darf ich noch nennen, die sich nicht im Rechnungshofbericht findet, das ist die Zahl 2669. 2669 Artikel in Printmedien oder in APA-Meldungen hat es gegeben, wenn man heute an diesem Tag den Suchbegriff Swap und Linz in die APA eingibt; da sind die TV- und Radio-Beiträge noch gar nicht mitgerechnet. Ich erinnere an die ORF-Sendung Report zum Beispiel, wo österreichweit ein Bild von Linz gezeichnet wurde, das die Stadt als dumm, im besten Fall als naiv oder als Zockerhochburg dastehen lässt.

Eine wesentliche Aufgabe des Bürgermeisters und Stadtoberhauptes wäre es, dass unsere Heimatstadt Linz gut dasteht, ein positives Bild bietet. Unter Ihrer Führung und somit unter Ihrer politischen Verantwortung hat sich das Image von Linz leider dramatisch zum Schlechten geändert. Ich fordere Sie daher nochmals auf, Herr Dr. Dobusch, nehmen Sie Ihre Verantwortung als Noch-Stadtoberhaupt wahr, treten Sie zurück und machen Sie den Weg frei für einen Neubeginn in Linz. Danke sehr.“ (Beifall ÖVP)

#### **Gemeinderat Hein:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, der Rechnungshofbericht stellt der Linzer SPÖ ein sehr schlechtes Zeugnis aus und wirft ihr verantwortungsloses Handeln vor. Dies sind für uns keine neuen Erkenntnisse und stützen genau unseren Standpunkt.

Bereits seit Oktober 2012 kritisieren wir den laschen Umgang der politischen Verantwortlichen rund um den Abschluss des Swaps 4175. Offenbar haben weder Finanzstadtrat Mayr noch Bürgermeister Dobusch jemals das Risiko des desaströsen Geschäftes hinterfragt und stattdessen ihrem Finanzdirektor XXXX in seinem Tun völlig freie Hand gelassen. Jetzt wissen beide nichts mehr von der Sache und weisen jegliche Verantwortung von sich.

Obwohl die gesamte Finanzverwaltung genau in den Zuständigkeitsbereich des Finanzstadtrates Mayr fällt und dieser ein Weisungsrecht besitzt, sieht die Linzer SPÖ offenbar noch immer keinen Zusammenhang zwischen der politischen Verantwortung des Finanzreferenten und der Verwaltung. Man könnte glauben, die Linzer SPÖ lebt in einer unabhängigen Parallelwelt, in der Politik und Verantwortung nichts voneinander wissen.

So geht das nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen haben wir auf unsere Initiative hin dieses Kapitel und diese Fragestellung, ob der Finanzstadtrat verantwortungsvoll gehandelt hat und seinen Kontrollpflichten als Referatsverantwortlicher nachgekommen ist, im Sonderkontrollausschuss thematisiert. Denn jeder, der politische Verantwortung übernimmt, muss sich dieser Verantwortung auch stellen und kann diese nicht auf einen einzelnen Beamten abschieben. Spätestens am Wahltag wird sich die Linzer SPÖ dieser Verantwortung nicht mehr entziehen können.

Es wird auch richtig im Rechnungshofbericht aufgezeigt, dass andere Parteien mit Stimmrecht im Finanzausschuss das Risiko ebenfalls nicht angesprochen haben. Jedoch muss man klarstellen, dass nebenberuflichen Gemeinderäten nicht die gleiche Sorgfalt und das gleiche Fachwissen abverlangt werden kann, wie den zuständigen Mitgliedern der Stadtregierung. Unter anderem saß auch Vizebürgermeister Watzl als Mitglied der Stadtregierung im Finanzausschuss. Und wenn man den Gerüchten Glauben schenken darf, sitzt dieser auch in einem Aufsichtsrat einer Bank. Das heißt, ein Banker sitzt im Finanzausschuss und hat diesen Abschluss zum Swap 4175 nicht hinterfragt und um dieses Risiko hat er sich - zumindest damals - nicht wirklich große Sorgen gemacht. Wer frei von jeder Schuld ist, werfe den ersten Stein. Herr Vizebürgermeister Watzl, Sie sind es nicht. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch anmerken, dass damals die Freiheitlichen mangels Sitz in der Stadtregierung als einzige nur mit Gaststatus ohne Stimmrecht im Finanzausschuss diesen Swap nicht verhindern hätten können.

Heute widmen wir uns also dem Rechnungshofbericht zum desaströsen Swap-Geschäft und insbesondere dessen Empfehlungen. Wenn ich mir aber diese Empfehlungen im Detail ansehe, stelle ich fest, dass die meisten Punkte bereits durch die Oberösterreichische Finanzgeschäfteverordnung in dem kürzlich durch den Gemeinderat auf freiheitlicher Initiative beschlossenen Regelkatalog für die städtische Finanzverwaltung umgesetzt sind oder gerade in Umsetzung sind. Diese Tatsache scheint die Linzer ÖVP bewusst ausblenden zu wollen.

Aber nicht nur das hat die Linzer ÖVP übersehen – bis heute zumindest –, auch bei der Forderung, die Schweizer Anleihe abzusichern, ist klar, dass es einen freiheitlichen Antrag aus dem Jahr 2012 gibt. Dieser Antrag mit dem Titel ‚Frankenkredit umgehend in Euro zu konvertieren‘ wurde damals einstimmig, also auch mit den Stimmen der ÖVP dem Finanzausschuss zugewiesen und wird zur-

zeit bearbeitet. Zur Aufklärung oder Schadensbegrenzung der unter den SPÖ-Ressortverantwortlichen abgeschlossenen Swap-Spekulation trägt dieser Sondergemeinderat daher objektiv gesehen nichts bei und ist entbehrlich.

Eine seriöse Vorgehensweise sieht anders aus. Der Rechnungshofbericht hätte - so wie bereits andere Prüfberichte und Gutachten - im Sonderkontrollausschuss beraten werden müssen. Danach hätte der Sonderkontrollausschuss ein Gesamtpaket an Empfehlungen aus allen Prüfberichten und nicht nur aus dem Rechnungshofbericht dem Gemeinderat zur Beratung vorlegen können. Für uns liegt es auf der Hand, dass es der ÖVP mit der Einberufung des Sondergemeinderates weniger um die Aufarbeitung des Rechnungshofberichtes geht, sondern ausschließlich um die mediale Aufmerksamkeit und der Selbstdarstellung.

Rund um die Diskussion des Sondergemeinderates hat die ÖVP die Forderung nach Neuwahlen im Herbst gestellt. Die Linzer Grünen haben sich dieser Forderung bedingungslos angeschlossen und hoffen, dass dadurch das politische Hickhack rund um den Swap beendet wird. In Wirklichkeit wollen sie das sinkende rote Schiff, auf dem sie die letzten Jahre so gerne mitgefahren sind, noch rechtzeitig verlassen, denn auch die Linzer Grünen können nicht ernsthaft annehmen, dass sich der Swap nach Neuwahlen in Luft auflösen wird. Ich bin davon überzeugt, dass uns dieser Swap noch viele Jahre beschäftigen wird.

Die Linzer Grünen beklagen auch den politischen Stillstand, den sie selbst mitzuverantworten haben, denn sie sitzen in allen Gremien und sie stellen die Vorsitzende im Sonderkontrollausschuss. Was Die Grünen aber übersehen bei dieser Forderung, sie brüskieren ihre eigene Vorsitzende des Sonderkontrollausschusses und gestehen für sich das Scheitern der Vorsitzführung ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir schlagen vor, den Antrag der ÖVP dem Sonderkontrollausschuss zuzuweisen samt seinen Zusatzanträgen, denn dort gehört er hin, dort gehört er behandelt und wir können nur über ein Gesamtpaket hier im Gemeinderat beraten. Danke.“(Beifall FPÖ)

Gemeinderat Greul kommt um 14.55 Uhr in die Sitzung.

#### **Gemeinderat Ing. Casny:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Linzer Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, nur kurz zum Herrn Kollegen Hein. Wenn ein derart brisanter Bundesrechnungshofbericht auf dem Tisch liegt, wann wäre dann eine Sondergemeinderatssitzung gerechtfertigt, wenn nicht bei diesem Thema? (Beifall ÖVP)

In dem 128 Seiten umfassenden Bericht werden verschiedene Themen angesprochen, wir haben es von den Vorrednern bereits gehört. Lassen Sie mich auf den Delegationsbeschluss vom 3. Juni 2004 näher eingehen. Bei dem Beschluss des Gemeinderates der Stadt Linz vom 3. Juni 2004 wurde die Finanz- und Vermögensverwaltung ermächtigt, das Fremdfinanzierungsportfolio der Stadt Linz durch den Abschluss von marktüblichen Finanzgeschäften und Finanzterminkontrakten zu optimieren. Der dem Beschluss zu Grunde liegende Amtsbericht der Stadtkämmerei vom 13. Mai 2004 erläuterte, dass die Finanz- und Vermögensverwaltung der Stadt Linz im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten

und gegen Berichterstattung über die Aktivität im Finanzausschuss ermächtigt wird, durch den Abschluss von Finanzgeschäften eine Optimierung des bestehenden Fremdfinanzierungsportfolios hinsichtlich Finanzierungsform, Laufzeit und Zinssätzen vorzunehmen.

Die für Rechtsfragen zuständige Dienststelle der Stadt Linz führte eine formelle rechtliche Prüfung durch und erhob keine Einwände gegen den Amtsbericht und der darin beantragten Ermächtigung an die Finanz- und Vermögensverwaltung.

Nach Prüfung durch den Rechnungshof hielt dieser kritisch fest, dass der Gemeinderat hier eine in seine Zuständigkeit fallende Aufgabe des Kreditmanagements an die Finanz- und Vermögensverwaltung der Stadt Linz delegierte. Der Rechnungshof wies weiters darauf hin, dass der Beschluss vom 3. Juni 2004 zu wenig spezifiziert war. Die darin verwendeten und für den Nachvollzug maßgeblichen Begriffe Optimierung und Marktüblichkeit waren nicht näher ausgeführt und damit der Beurteilung der ausführenden Stelle überlassen.

In der Stellungnahme der Stadt Linz wollte man den Beschluss insofern rechtfertigen mit der Behauptung, dass es sich hier um keine Delegation gehandelt hätte. Mit diesem Beschluss sei eine Delegationsabschlussbefugnis für die Geschäfte weder beabsichtigt noch tatsächlich damit verbunden gewesen. Es habe sich dabei vielmehr um eine Beauftragung gegenüber der Finanz- und Vermögensverwaltung in Form einer Verhandlungsermächtigung gehandelt. Dies habe aber die ausschließliche Zuständigkeit des Gemeinderates nicht aufgehoben – so die Rechtfertigung der Stadt Linz.

In der Stellungnahme des Rechnungshofes wird dazu festgehalten, dass der Beschluss des Gemeinderates vom 3. Juni 2004 wortgetreu wiedergegeben wurde. Der Beschluss ermächtigt ausdrücklich die Finanz- und Vermögensverwaltung zum Abschluss von marktüblichen Finanzgeschäften und Finanzterminkontakten, also von einer Verhandlungsermächtigung war hier im Antrag nicht die Rede. Übrigens einem Antrag, dem die ÖVP seinerzeit nicht zugestimmt hat.

In diesem Beispiel dieses Beschlusses des Gemeinderates vom 3. Juni 2004 sieht man, mit welcher Unschärfe und wie unsensibel mit den Finanzen der Stadt Linz in den letzten Jahrzehnten umgegangen wurde. Eine Finanzpolitik, die die Schulden explodieren ließ und die aller Voraussicht nach in der Zukunft gravierende Auswirkungen haben wird. Ein entsprechendes Personal wird vermutlich nicht mehr in ausreichender Form zur Verfügung gestellt werden können, weil notwendige Mittel fehlen. Daher könnte es zu gravierenden Einsparungen beim Dienstpostenplan kommen - damit verbunden natürlich Einschränkungen für Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Weiters warnen wir davor, dass es zu erheblichen Anhebungen der Gebühren dieser Stadt kommen kann.

Kurzum gesagt, wir stehen vor einem Finanzdilemma dieser Stadt. Es ist daher hoch an der Zeit, dass die Verantwortlichen für dieses Finanzdesaster in diesem Haus die Konsequenz ziehen. Danke.“ (Beifall ÖVP)

**Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Schobesberger:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, vielleicht zu Beginn noch einmal die Erinnerung daran, warum wir heute hier sitzen. Es gibt

einen Rechnungshofbericht mit berechtigter Kritik an der Stadt Linz und am Verhalten von FunktionärInnen in der Stadt Linz, das ist das eine. Tatsächlich sitzen wir hier, weil die ÖVP einen Sondergemeinderat zu diesem Thema beantragt hat und den Antrag gestellt hat - der ursprüngliche Antragstext lautet, an den möchte ich noch einmal erinnern: Der Gemeinderat beschließe: ‚Die im Rechnungshofbericht ausgesprochenen Empfehlungen sollen so rasch wie möglich umgesetzt werden‘. Aus meiner Sicht ist das selbstredend, dass Empfehlungen aus einem Rechnungshofbericht bestmöglich und so rasch als möglich umgesetzt werden sollen.

Wir wissen alle, dass mit Ausnahme einer Empfehlung, von der der Rechnungshof selbst sagt, dass die erst nach Beendigung der Straf- oder Zivilrechtsverfahren relevant ist, alle anderen Empfehlungen des Rechnungshofes entweder durch gesetzliche Änderungen, durch Beschlüsse des Gemeinderates oder sonstwie erledigt worden bzw. in Arbeit sind.

Was außerdem bekannt ist, ist, dass wir kommende Woche eine reguläre Gemeinderatssitzung haben, wo Gelegenheit gewesen wäre, darüber zu sprechen. Außerdem gibt es eine klare Vereinbarung im Sonderkontrollausschuss, dass dort der Rechnungshofbericht so rasch als möglich behandelt wird, sodass für mich diese heutige Sitzung und der Antrag der ÖVP eigentlich nur ein weiteres Beispiel dafür sind, dass es außer um Selbstdarstellung völlig ohne Rücksichtnahme auf die Interessen und das Wohl der Stadt der ÖVP um gar nichts gehen kann. Bestätigt sehe ich mich dann noch darin, dass der Herr Klubobmann zu Beginn der Sitzung einen Packen an Zusatzanträgen austeilt, die in Summe acht Punkte umfassen und drei Seiten. Das kann man nicht ernst meinen, dass hier eine seriöse Auseinandersetzung stattfinden kann, wenn die nicht zumindest vor einer Sitzung kommuniziert werden. Auch das bestätigt mich in meiner Annahme, dass es hier tatsächlich nur um Selbstdarstellung gehen kann.

Der Rechnungshofbericht selbst stellt, wie gesagt, in Teilbereichen kein besonders gutes Zeugnis für die Stadt aus. Dass man sich damit auseinander setzen muss, ist keine Frage. Was der Rechnungshofbericht aber klar und deutlich macht ist das, was in diesem Bericht fehlt, nämlich die Seite der Bank. Aus meiner Sicht wäre es zentral, auch diese zu beleuchten. Es gibt keine objektive Beurteilung des Verhaltens der Bank, keine öffentliche Diskussion darüber und was mich besonders irritiert ist, dass es der ÖVP immer wieder gelingt, hier die Sichtweise völlig von der Bank wegzulenken und sich ausschließlich auf die Stadt zu konzentrieren.

Wir haben einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss gefasst, dass wir gegen die BAWAG Klage erheben und aus meiner Sicht wäre es vernünftig, im Interesse der Stadt und zum Wohl der Stadt gemeinsam gegen die BAWAG aufzutreten. Das ist irgendwie so in meiner Vorstellung, oder ein Bild, das mir dazu einfällt, wenn die österreichische Fußball-Nationalmannschaft gegen eine andere antritt und gleich nach Anpfiff rennt Alaba in die Gegenrichtung, macht ein Foul nach dem anderen und schießt absichtlich ein Eigentor ...Beifall Die Grünen..., weil es eigentlich um nichts anderes geht, als um die höchstpersönliche Bilanz, auch wenn das zur Folge hat, dass die eigene Mannschaft verliert.

Ein weiteres Beispiel, warum ich glaube, dass es der ÖVP hier tatsächlich um nichts anderes geht, ist das Märchen, das wir jetzt seit vielen Jahren immer



wieder hören, heute bereits zweimal. Herr Vizebürgermeister Watzl hat zu Beginn Bezug darauf genommen und jetzt in der aktuellen Wortmeldung haben wir es wieder gehört, nämlich das Märchen - ich glaube, den Herrn Vizebürgermeister verstanden zu haben, dass er gesagt hat, hätten Sie die ÖVP ernst genommen, dann hätte es keine Delegation an die Finanzverwaltung gegeben. Der Herr Vizebürgermeister nickt, ich habe ihn richtig verstanden.

Wahr ist aber - ich zitiere aus dem Gemeinderatsprotokoll -, dass die ÖVP hier nicht mit gestimmt hat, aber einen sehr ähnlichen Abänderungsantrag gestellt hat, der da lautet: ‚Der Punkt soll dahingehend abgeändert werden, dass die Finanz- und Vermögensverwaltung ermächtigt wird,‘ also die Finanz- und Vermögensverwaltung soll ermächtigt werden aus der Sicht der ÖVP, ‚das Fremdfinanzierungsportfolio durch Abschluss von marktüblichen Finanzgeschäften und Finanzterminkontrakten zu optimieren, wobei dem Finanzausschuss darüber zu berichten ist.‘ Also die ÖVP wünscht eine Ermächtigung der Finanzverwaltung - Zitat aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 3. Juni 2004.

Das alles kann und soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in der Stadt - es ist sehr viel an Aufklärungsarbeit passiert dank der Frau Vorsitzenden Roschger, die hier mit allen Kräften arbeitet, trotz einem Foul nach dem anderen von der ÖVP - beständig an der Aufklärung arbeiten. Das kann nicht heißen, dass das genug ist. Selbstverständlich ist die interne Aufarbeitung und Auseinandersetzung zentral und notwendig. Selbes gilt für die berechtigte Kritik an der SPÖ und dem Verhalten der SPÖ.

Aber in Summe, das, was hier passiert, dieses beständige Hickhack, das nun seit mehr als zwei Jahren über sämtlichen Sachthemen steht und ein Arbeiten an der Sache nahezu unmöglich macht und die Vorstellung, dass dieses Spiel jetzt die nächsten zwei Jahre im Dauerwahlkampf so weitergehen soll, hat uns zur Erkenntnis gebracht, dass es sinnvoller ist, jetzt einen Schlusspunkt zu setzen, neu zu wählen und die Bürgerinnen und Bürger entscheiden zu lassen, wer künftig Verantwortung übernehmen soll. Dass wir den heutigen Anträgen nicht zustimmen, glaube ich, ist auch klar geworden. (Beifall Die Grünen)

Abschließend, in einem Punkt haben Sie Recht, Herr Baier: Zum Lachen ist das wirklich nicht.“ (Beifall Die Grünen)

#### **Gemeinderat Mag. Baier:**

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf noch einmal zur Verdeutlichung ganz klar sagen, was war unsere Motivation, diesen Bundesrechnungshofbericht im Rahmen einer Sondersitzung zu diskutieren.

Erstens, es geht um die Transparenz und um die Öffentlichkeit, die eine solche Gemeinderatsdebatte hat. Ein Sonderkontrollausschuss hat diese Öffentlichkeit und diese Transparenz nicht. Nachdem die Linzerinnen und Linzer das Recht haben, alles zu erfahren im vollen Umfang und umfassend informiert zu sein und dazu die Standpunkte der Fraktionen kennen sollen, darum gibt es heute diese Debatte. Ich frage mich allen Ernstes, was kann denn an einer demokratischen Diskussion im Gemeinderat negativ sein? Wird uns Politikern nicht ohnehin manchmal der Vorwurf gemacht, wir würden unsere Verantwortung nicht entsprechend wahrnehmen, würden vielleicht nicht in diesem Ausmaß Leistungen erbringen, wie wir es tun sollten und dann sollen wir – wenn so ein Bun-

desrechnungshofbericht vorliegt – uns vielleicht verschanzen in einem Ausschuss und dort hinter verschlossenen Türen diskutieren?

Ich verstehe die Welt nicht mehr, was an einer Gemeinderatssitzung, an einer Diskussion hier in diesem Haus negativ sein kann. Entweder habe ich das demokratische System falsch verstanden oder man meidet manche Punkte, man will einfach über Fakten, die jetzt auf dem Tisch liegen, nicht reden. Wenn man nicht reden will, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, und keine Antworten auf die gestellten Fragen geben will, so ist das auch eine Antwort. Keine Antwort ist auch eine Antwort, mit der wir uns zwar nicht zufrieden geben, aber die wir sehr wohl zur Kenntnis nehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das werden auch die Linzerinnen und Linzer tun.

Warum nicht bei der nächsten Gemeinderatssitzung? Frau Stadträtin Schobesberger, das ist eine berechtigte Frage aus meiner Sicht. Ich bin froh darüber, dass seit wenigen Stunden die Tagesordnung für die nächste Gemeinderatssitzung vorliegt. Sie umfasst 40 Tagesordnungspunkte, ich habe sie mir gerade durchgezählt, während Sie sozusagen die Frage gestellt haben, warum nicht bei der nächsten Gemeinderatssitzung. Sie wissen, wie lange und eingehend üblicherweise Tagesordnungspunkte diskutiert werden und daher soll diesem Rechnungshofbericht genügend Raum und Zeit gegeben werden, ohne Zeitdruck, ohne dass wir auf die Uhr schauen müssen, wie viele Tagesordnungspunkte wir noch haben. Das ist die Ansicht meiner Fraktion und ich kann daran nichts Negatives erkennen. Ganz zu schweigen davon, dass wir bei der nächsten Gemeinderatssitzung den Rechnungsabschluss zu diskutieren haben, der auch entsprechend Zeit einfordern wird. Ich verstehe schon, dass man sagt, warum nicht bei der nächsten Sitzung, aber das wissen wir schon, weil das jedes Jahr der Fall ist, dass es sich immer um eine sehr, sehr umfangreiche Tagesordnung in der Juli-Gemeinderatssitzung handelt.

Und weil Sie sagen, BAWAG. Ja, mit der BAWAG werden wir hart ins Gericht gehen. Deswegen haben wir im Sonderkontrollausschuss den Mitarbeiter und Chefjuristen der BAWAG vorgeladen, gemeinsam Die Grünen, FPÖ, ÖVP, weil wir haben wollten, dass er uns Rede und Antwort steht, dass er sich den bohrenden Fragen der Linzer Mandatarinnen und Mandatäre stellen muss, weil wir es nicht zulassen werden, dass sich die BAWAG im Lichte oder im Dunklen davonstehlen kann. Dort wird natürlich die Verantwortung genau so zu hinterfragen sein.

Ich habe heute gesehen, Die Grünen stellen einen Antrag für nächste Woche im Gemeinderat, eine Resolution an die Ministerin, die BAWAG von der Finanzmarktaufsicht prüfen zu lassen. (Zwischenrufe) Oder die FPÖ, bitte um Entschuldigung, ich habe das nur in der Schnelligkeit sozusagen durchgelesen. Ja, dem werden wir zustimmen. Auch wenn die Finanzmarktaufsicht die Banken ohnehin prüft, aber warum soll es denn nicht auch eine Sonderprüfung geben. Selbstverständlich ist das Verhalten der BAWAG sehr genau zu prüfen und zu hinterfragen, ob es hier nicht Verfehlungen gibt.

In all diesen Punkten sind wir uns einig. Und weil Sie sagen, Frau Stadträtin Schobesberger, - was mich freut - selbstredend ist, dass die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes umzusetzen sind. Wenn es selbstredend ist, dann würde ich ersuchen, vielleicht könnte man heute unserem Antrag zustimmen, denn ich

bin mir nicht ganz so sicher, Frau Stadträtin, ob die Finanzzuständigen in der Stadt und insbesondere Dr. Mayr daran denken, wenn ich gerade an die Frankenleihe denke, hier rasch Schritte zu setzen. Und daher braucht es den Auftrag des Gemeinderates. Wir haben die Mehrheit, Die Grünen, ÖVP und FPÖ, und wir können das daher einfordern. Daher hoffe und ersuche ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.“ (Beifall ÖVP)

**Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Grün:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, ich sehe die heutige Sondersitzung als eine dem nahe anstehenden Wahlkampf geschuldete Fleißaufgabe. Die Behandlung der Konsequenzen des Rechnungshofberichtes ist auch Sache des Sonderkontrollausschusses und als gemeinderätliches Instrument hätte die ÖVP eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragen können. Aber offensichtlich geht es hier nicht um die Sache an sich, nämlich die missliche Lage der Stadt angesichts des Swap-Debakels, sondern um das Schlagen von politischem Kleingeld.

Und jetzt haben die ÖVP, Die Grünen und seit gestern Abend auch die FPÖ wahrlich Großes vor - Sie fordern Neuwahlen. Dazu kann man getrost aus dem Kommentar von Wolfgang Braun in den heutigen Nachrichten zitieren: ‚Linz steht am Beginn eines gewaltigen Rechtsstreits mit der BAWAG. Es geht um eine halbe Milliarde Euro. Es geht damit um die finanzielle Existenz der Landeshauptstadt. Das muss man sich vor Augen führen, damit man abschätzen kann, wie unglaublich es ist, was sich in diesen Tagen in der Linzer Stadtpolitik abspielt.‘ Er schreibt dann weiter über wenig überzeugende Argumente für die Neuwahlen und über die lange Leitung der Parteien, es sei doch alles im Wesentlichen seit zwei Jahren bekannt und dass dadurch das Wohl der Stadt riskiert wird, um parteipolitische Vorteile auszuschöpfen.

Ich teile die Überzeugung, dass die politische Hauptverantwortung für das Swap-Desaster von Seiten der Stadt Linz die Akteure der Mehrheitsfraktion SPÖ zu tragen haben, möchte aber schon darauf verweisen, dass im aktuellen Gemeinderat vertretene KollegInnen aller Fraktionen, von ÖVP bis zu den Grünen, in ihrem Abstimmungsverhalten seit 2004 beim Gemeinderatsbeschluss zur Delegation oder als gewählte Mitglieder des Finanzausschusses zum unerfreulichen Ergebnis beigetragen haben.

Ich zitiere aus dem Rechnungshofbericht: ‚Sowohl die Mitglieder des Finanzausschusses, als auch die sonstigen Entscheidungsträger der Stadt Linz verabsäumten es, Hinweisen auf risikoreiche Finanzgeschäfte konsequent und kritisch nachzugehen und damit die drohenden finanziellen Nachteile aus den Swaps zu vermeiden oder zumindest deutlich zu reduzieren.‘

Wie allgemein bekannt, war und ist Vizebürgermeister Watzl Mitglied des Finanzausschusses. Alle namentlich jetzt nicht angesprochenen ehemaligen Finanzausschussmitglieder dürfen sich ruhig mitgemeint fühlen. Wo war denn damals die hartnäckige Nachfragerei im Finanzausschuss, wenn es um das Debt-Management ging? Wie man aus den Protokollen weiß, herrschte Funkstille von allen Seiten.

Die KPÖ ist daher der Meinung, dass die Stadt zu ihrer Verantwortung stehen muss und das betrifft nicht nur Bürgermeister Dobusch und den Finanzrefe-

renten. Populistisches Dobusch- und Mayr-Bashing alleine ist keine Lösung des Swap-Debakels. Über so eine Eskalation kann sich derzeit nur eine freuen, nämlich die BAWAG. Ich denke, wer die Suppe eingebrockt hat, soll sie auch auslöffeln und nicht von den unangenehmen Aufräumarbeiten davonlaufen.

Aber nun zum eigentlichen Thema des Rechnungshofberichtes, zu dem ich eigentlich gekommen bin. In einem Spiegel-Artikel kann man bezüglich eines ähnlichen Falles - der Stadt Leipzig drohen nämlich aufgrund von fauler Finanzmarktgeschäfte 300 Millionen Euro Verlust - einiges lesen, was wohl auch so auf Linz zutrifft. Man liest über die Mischung aus Naivität und Gier, die sich zeigt, wenn sich die Lokalpolitik in die Welt der globalen Finanzmärkte verirrt, über den Abschluss von Finanzprodukten, deren Namen genauso wenig verstanden werden wie die Risiken, die man damit eingeht, über die zweifelhafte Rolle von Banken, die faule Geschäfte trickreich aufdrängen und bei denen nur die Banken selbst gewinnen können.

Klärerweise ist der Rechnungshofbericht halbherzig, weil der Rechnungshof keine Kompetenz für die Prüfung der BAWAG hat. Was die politische Verantwortung für das Swap-Debakel betrifft, erfahren wir im Grunde nicht, was nicht schon durch die Aufarbeitung im Sonderkontrollausschuss bekannt gewesen wäre und es wird nur die eine Seite der Vorgänge um den Swap dargestellt, nicht aber die Verantwortung der Bank.

Die Auflistung, wonach einem möglichen Gewinn der Stadt von 37,5 Millionen Euro ein Schaden von 417,74 Millionen Euro gegenübersteht, war in keinen der bekannten Unterlagen, die zum Vertragsabschluss geführt haben, zu finden. Auch stehen die Forderungen der BAWAG in keiner Relation zu der zu Grunde liegenden Schweizer Anleihe von 195 Millionen Franken. Der Bank geht es daher wohl nicht um einen Schaden, sondern um einen Gewinnentgang. Laut Rechnungshof ist der Swap 4175 durch ein potenziell unbegrenztes Risiko als Absicherungsinstrument ungeeignet, im Klartext wurde die Stadt von der Bank getäuscht, zudem die Stadt über kein professionelles Risikomanagement verfügte und sich der frühere Finanzdirektor nicht über das Risiko bewusst war, und das gilt wohl für alle anderen beleidigten Akteure.

Wie die KPÖ schon von Anfang an festgestellt hat, liegt das Grundübel in der 2004 von SPÖ, Freiheitlichen und Grünen - bei Stimmenthaltung der ÖVP - beschlossenen Selbstentmächtigung des Gemeinderates durch Übertragung der Kompetenz für das Schuldenmanagement an die Finanzverwaltung. Der Rechnungshofbericht stellt klar, dass die Kompetenz für solche Geschäfte dem Gemeinderat zukommt und eine Delegation allenfalls nur an den Stadtsenat, nicht aber an die Finanzverwaltung zulässig wäre. Ich bin davon überzeugt, dass das Swap-Geschäft nicht zu Stande gekommen wäre, wenn öffentlich im Gemeinderat darüber diskutiert worden wäre.

Wie schon bekannt, bekräftigt der Rechnungshofbericht, dass die Genehmigung des Swap-Geschäftes durch Gemeinderat und Land fehlte; das gilt auch für die Immobilien Linz GmbH. Ich sehe hier das Versagen des Präsidiums, Personal und Organisation, das sonst recht pingelig ist, wenn es um die Kompetenzen bei Anfragen zu ausgegliederten Betrieben geht.

Laut Rechnungshofbericht haben der Bürgermeister und der Finanzreferent die notwendige Verantwortung nicht wahrgenommen und sind kritischen Hinweisen

zum Swap nicht nachgegangen. Aus Sicht der KPÖ liegt hier jedenfalls eine wesentliche politische Verantwortung - entweder, weil die Vorgänge erfolgreich verdrängt wurden oder weil man nicht wusste, was die Finanzverwaltung so treibt. Beides ist für Stadtratsmitglieder wohl kaum akzeptabel.

Eines aber kann man aus dem Bericht doch recht deutlich herauslesen, nämlich dass komplexe Derivate wie der Swap 4175 für den Einsatz im öffentlichen Bereich nicht geeignet sind. Freilich kann sich der Rechnungshof in seiner Empfehlung jetzt nicht zu eindeutigen Handlungen und einer klaren Absage für Derivate durchringen und liefert keine klare Empfehlung für den Ausstieg aus solchen Produkten und für das Schuldenmanagement an sich. Das verwundert freilich nicht, wurde doch vom Rechnungshof vor der Finanzkrise von 2008 ganz im neoliberalen Mainstream den Gemeinden empfohlen, ihre Finanzen durch Geschäfte am Kapitalmarkt aufzubessern.

Aus der Sicht der KPÖ bleiben im Wesentlichen zwei Schlussfolgerungen: Zum Ersten die klare Erkenntnis, dass Derivate Gift für die kommunale Finanzierung sind. Solche Geschäfte mit Steuergeldern dienen den Profiten der Aktionäre. Eine Vergesellschaftung der Banken wäre hier hilfreich. Die kommunale Finanzierung über den Finanzmarkt mittels Cross-Border-Leasing, Public Private Partnership, Fremdwährungsgeschäften oder Derivaten hat sich als destruktiv erwiesen. Daher sehen wir es als Aufgabe der Bundespolitik, für eine solide Kommunalfinanzierung zu sorgen durch eine gerechte Verteilung der Mittel über den Finanzausgleich und durch Fonds für zinslose bzw. günstige Darlehen für die Kommunen.

Der zweite Aspekt betrifft Demokratie und Transparenz. Die KPÖ ist der Meinung, dass grundsätzlich der gewählte Gemeinderat für alle Finanzgeschäfte von Darlehensaufnahme bis zum Schuldenmanagement zuständig sein soll. Daher ist es bedauerlich, dass mein Änderungsantrag bei der Gemeinderatssitzung am 7. Juli 2011, die Kompetenzen der Fremdfinanzierung grundsätzlich dem Gemeinderat zuzuordnen, von allen vier Stadtsenatsparteien abgelehnt wurde.“

Gemeinderätin Polli kommt um 15.20 Uhr in die Sitzung.

#### **Gemeinderat Reiman:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Kollegium, aus meiner Sicht bringt der besagte Rechnungshofbericht in der unseligen Causa Swap nicht wirklich etwas Neues zutage. Er bestätigt bzw. er untermauert im Grunde genommen vielseitig und allseits Bekanntes und betont abermals sinngemäß mangelndes Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit den Linzer Finanzen durch die damalige Linzer Finanzdirektion und den Finanzstadtrat und eine nahezu sträfliche Vernachlässigung der Kontrolle bzw. Aufsicht durch den Gemeinderat und des entsprechenden Finanzausschusses. Das wird auch immer wieder gerne ausgeblendet.

Vorwegnehmen möchte ich, dass ich im Zuge der Budgetdebatte 2011 den Rücktritt der Hauptverantwortlichen, Herrn Bürgermeister Dr. Dobusch und Herrn Stadtrat Mayr, öffentlich forderte und dass sie persönlich Konsequenzen daraus ziehen sollten.

Wie Sie wissen, habe ich meine eigene Linie in dieser Causa verfolgt und so ganz kann man hier den Gemeinderat als oberstes Organ nicht ausnehmen. Ich

werfe den Kollegen, also explizit und definitiv den Gemeinderäten und Gemeinderätinnen, die im Jahre 2004 dem dubiosen Antrag zwecks Optimierung der Linzer Finanzen zustimmten, Volksverrat vor, weil sie ihre Kontrollfunktion leichtfertigst über Bord warfen. Rechtswidrigkeit hin oder her, der Gemeinderatsbeschluss war letzten Endes ein Blankoscheck und man hat sozusagen die Stadt, die Bevölkerung ausgeliefert in dem Sinn, was die Finanzgebarung angeht. An diesem tragischen, durchaus grauslichen und traurigen Beispiel sieht man abermals, wie heute Politik funktioniert und wie das vom Volk anvertraute Mandat, das schließlich eigenverantwortlich ausgeübt werden sollte, durch Parteiengängelung, durch Parteiendiktatur unterwandert und ausgehebelt wird.

In diesem Zusammenhang fordere ich abermals in erster Linie den Rücktritt all jener GemeinderätInnen, die hier in diesem Raum sind und die 2004 dem Disaster Swap den Weg geebnet haben. Dazu zählen Personen, Mandatare der Fraktionen von SPÖ, FPÖ und der grünen Fraktion. Der Bundesrechnungshofbericht stellt sinngemäß fest, dass auch der Linzer Finanzausschuss der letzten Periode schlicht und ergreifend bezüglich der dubiosen Finanzgeschäfte der Stadt Linz geschlafen und de facto kein Ohrwaschl gerührt hat. Er hätte auf jeden Fall aufpassen müssen. Und in diesem Gremium bzw. in diesem Finanzausschuss waren neben den anderen Parteien bekanntlich auch Mandatare der ÖVP vertreten. Insofern bin ich der Meinung, dass sich die ÖVP nicht ganz so leicht aus der Affäre ziehen kann.

Hinzu kommt, dass die ÖVP in der letzten Periode zwei Stadtsenatsmitglieder stellte und somit im Zentrum der Macht wirkte. Dass also die ÖVP im Laufe der letzten Periode von den besagten Finanzgeschäften nichts mitbekommen haben soll, also nach dem Motto, mein Name ist Hase, ich weiß von nichts, ist aus meiner Sicht äußerst unglaubwürdig. Hinzu kommt, dass sämtliche Linzer Budgets der letzten Jahre im Großen und Ganzen auch von der ÖVP mitgetragen und beschlossen wurden.

In der schicksalshaften Gemeinderatssitzung vom 13. Oktober 2011 forderte ich unter dem Motto ‚Steuergeld ist Treuhandgeld‘ vehement ein, dass die hauptverantwortliche Partei SPÖ haften bzw. das Prozessrisiko Linz gegen BAWAG übernehmen solle. Ein Vergleich mit der Bank wurde zu diesem Zeitpunkt von den Fraktionen SPÖ, ÖVP, FPÖ und Die Grünen kategorisch abgelehnt. Wir mussten zu jenem Zeitpunkt eine bemerkenswerte Einigkeit zwischen den Parteien feststellen. Im Volksmund heißt es so schön, Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

Ich stimmte dem Antrag nicht zu und warf allen Parteien vor, dass sie schon wieder spekulieren würden, nämlich auf ein Gerichtsurteil hin. Dass mit dieser Klagseinbringung, abgesegnet von allen Parteien, außer meine Wenigkeit, eine enorme zusätzliche Prozesskostenlawine losgetreten wurde und somit ein allfälliger Schaden von den Fraktionen noch dazu potenziert wurde, ist ein weiterer tragischer Beweis für die Besinnungslosigkeit der Linzer Politik.

Ich erinnere, zu jener Zeit wurden von den Fraktionen große siegessichere Töne gespuckt, darunter SPÖ, ÖVP, FPÖ und Die Grünen. Wir schulden nichts, daher zahlen wir nichts, so die ultranaive Stellungnahme der Frau Stadträtin Schobesberger.

Doch in der Gemeinderatssitzung vom 13. September 2012 war wieder alles anders. Urplötzlich wurde ein sündteures Mediationsverfahren zwecks Vergleichsverhandlung von der SPÖ beantragt und sowohl von der FPÖ und natürlich von den wankelmütigen und launenhaften Grünen mitbeschlossen. Die Glaubwürdigkeit der Linzer Politik hatte somit ihren Tiefpunkt erreicht.

Nun zu den angesprochenen Neuwahlen: Im Grunde wäre gegen eine Neuwahl nichts einzuwenden, abgesehen davon, dass dadurch wieder Linzer Steuergeld verbraten werden würde. Aus meiner Sicht hätte eine Neuwahl nur dann einen Sinn, wenn dadurch in Linz grundsätzlich eine substantielle Veränderung der politischen Landschaft herbeigeführt werden könnte, also ein echter systemrelevanter Paradigmenwechsel. Da ich bezweifle, dass sich durch eine vorzeitige, bitte Betonung auf vorzeitige, Neuwahl unter den gegebenen Voraussetzungen etwas gravierend verändern würde, kann ich dem nicht zustimmen. Es werden aller Voraussicht nach die selben verantwortlichen Parteien in den entscheidenden Gremien sitzen, im Kern bleibt aber das Swap-Debakel bestehen, unabhängig davon, ob neu gewählt oder nicht gewählt wird. Die Streit- bzw. die Politstreitshow geht dann munter und hurtig weiter.

Ehrlich gesagt, hätte ich mir heute eine so genannte ÖVP-Wundertüte erwartet, also ein handfestes glaubhaftes Konzept, wie das Problem Swap in Zukunft gelöst werden könnte, aber dieses bleibt aus und somit bleibt dieser fahle Geschmack der Selbstdarstellung der ÖVP. Ich werde diesem Antrag heute nicht zustimmen bzw. mich enthalten, würde aber dem Antrag der FPÖ, diesen ÖVP-Antrag mit den Zusatzanträgen dem Sonderkontrollausschuss zuzuweisen, zustimmen. Danke.“

#### **Gemeinderat Dr. Hattmannsdorfer:**

„Sehr geehrte Damen und Herren, als Replik zu den Vorrednern ein paar Feststellungen: Man kann jetzt alles deuteln und drehen, wie man will und von Politinszenierung sprechen und Co, aber ich glaube, es geht da heute schon um eine Kernfrage. Es geht heute um die Kernfrage, wie sehr nehmen wir Hinweise, Analysen, Empfehlungen von außen ernst, wie sehr verschließen wir unsere Augen und wollen gewisse Dinge nicht wahrhaben. Und wenn ich die Debatte so mitverfolge, werde ich schon etwas erinnert an die drei Affen von Nikkō, die nichts sehen wollen, nichts hören wollen, nichts sagen wollen und die Frage ist jetzt, wie man das interpretiert. Geht es jetzt darum, über Böses weise hinwegzusehen, wie die ursprüngliche Bedeutung war, oder geht es bewusst darum, alles Schlechte nicht wahrhaben zu wollen.

Ich glaube, es haben 61 Gemeinderäte der Stadt Linz sehr wohl die Verantwortung, einen Bundesrechnungshofbericht ernst zu nehmen und zu debattieren. Wir leisten selbst dazu einen Beitrag, wenn es in Zeitungskomentaren heißt oder die Rede vom armen Linz ist im Sinne seiner Armut, was die politische Debatte betrifft, oder ob wir den Eindruck erwecken, dass wir Dinge ernst nehmen und hier diskutieren.

Wenn ich mich erinnere an eine Schlagzeile einer oberösterreichischen Zeitung, die sinngemäß oder genau gelautet hat: ‚Geradezu sorglos: harsche Rechnungshofkritik an Linz‘, dann könnte unter dem Eindruck dieses Gemeinderates der Eindruck entstehen, dass es nicht darum geht, sorglos mit der substanzuell inhaltlichen Kritik umzugehen, sondern sorglos generell mit diesem Bericht um-

zugehen. Aus diesem Grund bin ich sehr dankbar für die heutige Sitzung und dass es heute die Möglichkeit gibt, zu beweisen, dass wir diesen Bericht ernst nehmen und dass wir nicht sorglos mit diesem Bericht umgehen.

Ich möchte zu den Vorrednern anmerken, dass es schon wichtig wäre, heute hier sachlich zu diskutieren, heute hier über die Inhalte zu diskutieren, und wenn man das von anderen Parteien einmahnt, sich auch selbst dabei an der Nase zu nehmen. Dazu gehört, dass man Dinge richtig und nicht verdreht darstellt.

Wenn ich an die Wortmeldung von Frau Kollegin Grönn bzw. von Frau Stadträtin Schobesberger anknüpfen darf, wo das Gemeinderatsprotokoll von 2004 partiell zitiert wurde, dass sehr entscheidende Passagen dieses Protokolls nicht wiedergegeben wurden. Nämlich wenn es um den Abänderungsantrag der ÖVP geht, ist nämlich nicht, Frau Kollegin, der zweite Absatz der entscheidende, sondern der erste Absatz der entscheidende und hier darf ich in Erinnerung rufen und ich zitiere die Seite 586, Abänderungsantrag der ÖVP: ‚Die Aufnahme von Fremdmitteln zum Zweck der Umschuldung in Höhe der zu tilgenden Finanzverbindlichkeiten wird genehmigt, wobei Fremdfinanzierungsgeschäfte in ausländischer Währung der Stadt senat nach Aufzeigen der Chancen und Risiken durch den Herrn Finanzreferenten zu genehmigen hat.‘ Eine ganz klare und deutliche Sprache dieses Antrages. (Beifall ÖVP) Es geht um Fremdfinanzierungsgeschäfte in ausländischer Währung und nicht um eine Generalermächtigung dafür, sondern um den Stadt senat nach Aufzeigen der Chancen und Risiken durch den Herrn Finanzreferenten.

Ich glaube, das muss man schon, wenn man Protokolle zitiert, richtig darstellen. Und wenn man Protokolle zitiert, sollte man einen wesentlichen Gedanken dieser Debatte aufgreifen. Ich habe das selber nicht miterlebt, weil ich erst ab 2010 im Gemeinderat sitze, aber es geht ganz klar aus diesen Protokollen hervor, dass immer davon die Rede war, dass dies in Abstimmung mit dem Finanzreferenten zu erfolgen hat. Abstimmung mit dem Finanzreferenten verstehe ich als Laie schon so, dass, wenn etwas gemacht wird, man das Einvernehmen - ich glaube, es heißt im Protokoll Einvernehmen - mit dem Herrn Finanzstadtrat herstellt.

Daran anschließend ein weiterer Punkt, der heute schon angesprochen worden ist, das Thema Mitglieder des Finanzausschusses. Das ist richtig, wenn man in einem Ausschuss sitzt, trägt man Verantwortung. Aber ich glaube schon und so habe ich auch den Geist, mit Ausnahme einer Fraktion, im Sonderkontrollausschuss wahrgenommen, dass es schon einen Unterschied gibt zwischen einem ressortverantwortlichen Stadt senatsmitglied und Mitgliedern, die in einem Ausschuss sitzen. An diesem Beispiel, dass ein Finanzstadtrat sehr wohl mehr Verantwortung trägt, als ein Mitglied des Finanzausschusses. Es ist richtig - und das bekrittelt auch der Bundesrechnungshof und man muss ja, wie heute schon mehrmals betont, alles des Bundesrechnungshofes sehr deutlich lesen -, dass natürlich neben dem Finanzstadtrat auch die Mitglieder des Finanzausschusses mit in die Ziehung genommen werden. Es ist richtig, es heißt da drinnen: ‚Konsequente und zeitnahe Maßnahmen des Finanzreferenten und der sonstigen Mitglieder des Finanzausschusses hätten dazu beitragen können, die drohenden finanziellen Nachteile aus den Swaps zu vermeiden oder zumindest deutlich zu reduzieren.‘

Aber auch hier, glaube ich, muss man das voll inhaltlich wiedergeben, weil es heißt dann sinngemäß im Bericht in den Folgepassagen: ‚...das konsequente



Agieren aber auch erschwert wurde, weil das Reporting des Finanzdirektors nicht sachgerecht gewesen sei. Es war in keiner Weise geeignet, einen Überblick über die tatsächliche Risikoentwicklung der abgeschlossenen derivativen Zinsinstrumente zu geben.' Ich glaube, das muss man dazusagen, wenn man hier zu Recht die Mitglieder des Finanzausschusses einfordert, nicht nur einen Teil zu erwähnen, sondern auch den zweiten Teil, dass es hier zu einer Irreführung gekommen ist und es Berichte gegeben hat, die nicht sachgerecht waren.

Ein Punkt, der in diesem Zusammenhang ebenfalls zu erwähnen ist, und der wurde schon in der Debatte gebracht, ist, dass es ein Beispiel gibt über einen so genannten Debt-Management-Bericht, der in zwei unterschiedlichen Versionen vorliegt. Ich glaube, dass das ein entscheidender Punkt ist, den man in der Debatte nicht übersehen darf, gerade wenn man diskutiert, wo sind die Zuständigkeiten von Ausschussmitgliedern und wo die Zuständigkeiten von Finanzstadträten oder generell Stadtsenatsmitgliedern für die zuständigen Ausschüsse, für die sie verantwortlich zeichnen.

Es ist die Kritik von Frau Stadträtin Schobesberger gekommen, dass die Empfehlungen alle in Arbeit sind. Da darf ich gleich den Querverweis machen zur Wortmeldung von Herrn Klubobmann Hein, der hat gesagt, auch die FPÖ hat Anträge eingebracht. Ja, das ist richtig, aber die entscheidende Frage ist nicht nur, was man macht, sondern wie schnell etwas eingeleitet und wie es dann umgesetzt wird. Wenn es heute - mit der Kritik hätte ich eigentlich gerechnet, aber die ist noch nicht so in dieser Art und Weise herausgearbeitet worden - in unserem Zusatzantrag heißt, dass der Regelkatalog zum Finanzmanagement überarbeitet werden soll, kann man natürlich sagen, Kollege Hein, das war ein Antrag und das hat man auch verabschiedet, und man sollte dazusagen, dass es hier darüber Diskussionen gegeben hat, denn ein Punkt, den vor allem wir kritisiert haben, war, dass in diesem Regelkatalog für das Finanzmanagement die Rolle des zuständigen Finanzstadtrates keine Definition erfährt und hier nicht näher beleuchtet wird. So gesehen ist es richtig, wenn man einen Gemeinderat einberuft, wo man sich mit so einem wichtigen Dokument wie dem Prüfbericht des Bundesrechnungshofes auseinandersetzt, den nicht nur diskutiert, sondern daraus nächste Ableitungen beschließt.

Wenn seitens der Grünen große Verwunderung herrscht oder es gar als Beweis geführt wird, dass drei Anträge mit acht Punkten nur der Beweis sind, dass man es nicht seriös meint, kann ich diese Argumentation nicht verstehen, weil - jetzt ganz ehrlich gesprochen und jetzt habe ich doch schon ein paar Gemeinderatssitzungen mitbekommen, gerade wenn es um Dringlichkeitsanträge geht - ich habe es bis jetzt nicht so erfahren, dass diese Anträge in diesem Kreis immer groß ausgetauscht werden, sonst hätten wir fast nur gemeinsame Anträge, sondern es ist natürlich das Recht und die demokratische Pflicht der Fraktionen, hier Anträge und Vorstellungen einzubringen.

Wenn Herr Kollege Reiman sagt, er hätte mit der Wundertüte der ÖVP gerechnet, dann sage ich schon dazu, es ist die ÖVP, die drei Anträge und acht Punkte konkrete Forderungen eingebracht hat - was es wiegt, das hat es auch. Und was ich noch sagen wollte, Herr Reiman, ich glaube, von Volksverrat zu sprechen, ist da der falsche Ort, aber das wollte ich hier nur korrekterweise anmerken. (Zwischenruf)

Eine Schlussreplik noch zum Kollegen Hein oder zur Frau Stadträtin Schobesberger, weil der Sonderkontrollausschuss angesprochen wurde - ich sehe da

keinen Widerspruch. Ich glaube, man macht es sich da etwas zu einfach, dass man sagt, ab dem Zeitpunkt, wo eine andere Fraktion eine Idee hat, eine Initiative hat, ist das böse, weil das hätte alles sofort in den Sonderkontrollausschuss gehört. Der Sonderkontrollausschuss hat jetzt neue Fahrt aufgenommen. Das ist positiv und das sehen wir auch gut, hat immerhin aber schon seine 24. Sitzung und es gibt sicher Dinge, die man außerhalb des Sonderkontrollausschusses beraten darf, ja gar beraten muss. Und so ein brisantes Dokument wie den Bundesrechnungshofbericht glaube ich nicht, dass man den einfach in den Sonderkontrollausschuss schickt - dort können wir ihn auch diskutieren -, sondern dass sehr wohl die Öffentlichkeit ein Anrecht darauf hat, dass bei einer öffentlichen Sitzung des Linzer Gemeinderates dieser Prüfbericht mit seiner harschen Kritik diskutiert wird, debattiert wird und dann Ableitungen getroffen werden.

In diesem Sinne ersuche ich Sie alle, nochmals Ihre Position zu überdenken, was unsere drei Anträge betrifft, was unsere acht Forderungspunkte betrifft, nochmals in sich zu gehen und diese Anträge nicht zuzuweisen, sondern zu beschließen, damit auch etwas passiert.“ (Beifall ÖVP)

#### **Gemeinderätin Polli:**

„Ich habe mir angeschaut, wie sich die Finanzsituation der Stadt Linz in den verschiedenen Bereichen auswirkt, zum Beispiel im Bereich der Schulen. Schule ist nicht nur Lernraum, sondern auch Lebensraum, wird immer wieder gesagt. Es muss daher in allen Schulen geeignete Räume zum Lernen geben, Rückzugsnischen, Lesecken, Mediatheken, Pausenbereiche, einen Festsaal, ausreichend Bewegungsräume und vieles mehr.

Doch leider heißt es in vielen Fällen, wenn man sich etwas wünscht, kein Geld - nicht einmal für neue Vorhänge, Jalousien oder für das Ausmalen von Klassenräumen, geschweige denn für eine neue Telefonanlage und vieles mehr. Letzthin wurde sogar gedroht, dass kaputte Overheadprojektoren in Zukunft von der Schulpauschale abgezogen werden. Genau so wenig ist einzusehen, dass die Schulen Geschirr für die Schulküchen, Mixer, Bügeleisen, Maschinen für den Werkraum und vieles mehr von diesem Geld bezahlen müssen. Diese Dinge gehören zur Grundausstattung einer Schule und müssten zusätzlich den Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Auch bei der Ausschreibung, was zum Beispiel das Putzpersonal betrifft, werden weniger Stunden ausgeschrieben, auch wenn weiterhin die gleiche Arbeit geleistet werden muss. Das nenne ich Ausbeutung junger Frauen, meist ausländischer Herkunft, und alles nur, weil gespart werden muss.

Doch wenn man den Rechnungshofbericht durchliest, ist klar, warum an allen Ecken und Enden gespart werden muss. Würde ein Kaufmann oder ein(e) SchuldirektorIn so sorglos auf diese Weise das Geld ausgeben, müsste er/sie sofort dafür gerade stehen. Aber beim Herrn Bürgermeister und dem Herrn Finanzreferent ist das wahrscheinlich ganz anders, auch wenn vieles davon laut Rechnungshofbericht nicht hätte gemacht werden dürfen. Es gab keine Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips, keine Einbindung des Gemeinderates, ungenügendes oder überhaupt fehlendes Risikomanagement, um nur ein paar Punkte zu erwähnen.

Mit diesem Geld, das uns abgeht auf Grund dieser Sorglosigkeit, hätte man in jeder Linzer Klasse in den Pflichtschulen einen neuen Overheadprojektor, einen Beamer für jede Klasse, einen Laptop oder ein Tablet für jeden Linzer Pflichtschüler, für jede Linzer Pflichtschülerin, wie es zum Beispiel im Sozialprogramm drinnensteht, ein interaktives Whiteboard in jeder Klasse, das für eine moderne Stadt wie Linz eigentlich ein Muss sein müsste, man könnte 33mal einen Umbau tätigen, wie zum Beispiel den der Neuen Mittelschule 17 und 18, man könnte 30mal eine Neue Mittelschule 3 bauen, man könnte 57 Horte und mehr, wie er momentan bei der Harbachschule gebaut wird, für insgesamt 10.500 Kinder und Räumlichkeiten für die Nachmittagsbetreuung bauen, man könnte ungefähr, ich bin keine Malerin, 400.000 Quadratmeter streichen lassen, das heißt, das sind viele Klassenräume usw. Hätten wir dieses Geld, wäre es wunderbar, an den Linzer Schulen zu arbeiten.“ (Beifall ÖVP)

### **Gemeinderat Jungwirth:**

„Sehr geehrte Damen und Herren, ein sehr zentraler Aspekt der Swap-Affäre ist die Tatsache, dass Bürgermeister Dobusch am 26. September 2006 einen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte mit der BAWAG abgeschlossen hat. Zusätzlich unterfertigte er ein dazugehöriges Unterschriftenverzeichnis mit Personen, die für einen Abschluss von Finanztermingeschäften bevollmächtigt sind. Dieses Verzeichnis wiederum wies den Finanzdirektor und seinen Stellvertreter als Bevollmächtigte zum Abschluss von Finanztermingeschäften aus. Zweck und Gegenstand dieses Rahmenvertrages war laut Rechnungshof der Abschluss solcher Geschäfte.

Ein weiteres Versäumnis von Bürgermeister Dobusch war, dass zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses in der Stadt Linz keine Regelungen betreffend die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips bestanden und keine Regelungen betreffend einer Risikobewertung und Risikolimitierung beim Abschluss solcher Geschäfte aufgestellt wurden.

Weiters erlangten Bürgermeister Dobusch und Finanzstadtrat Mayr von Swap-Geschäften der Stadt Linz mit der BAWAG im Zusammenhang mit der Schweizer Franken-Anleihe nachweislich Kenntnis, unter anderem auch mit der vom Bürgermeister am 11. Oktober 2007 erteilten Zustimmung zur Kontoeröffnung für Schweizer Franken bei der Kommunalkredit AG.

Die Ausführungen des Rechnungshofes also kurz zusammengefasst:

1. Dobusch schloss einen Rahmenvertrag ab und schuf damit die Plattform für Finanztermingeschäfte.
2. Es gab keine Regelungen betreffend Vier-Augen-Prinzips und Risikomanagement.
3. Dobusch unterzeichnete dann noch die Kontoeröffnung für Schweizer Franken.
4. Zu guter Letzt unterließen es Dobusch und Mayr, dem Hinweis auf das abgeschlossene Swap-Geschäft mit Nachdruck nachzugehen.

Das sind nur Erläuterungen aus dem Rechnungshofbericht. Also einfach gesagt, zuerst wurde eine Erlaubnis erteilt, ohne Regelungen aufzustellen, danach ein Konto dafür eröffnet und dann wurde, trotz dringender Hinweise, der Angelegenheit nicht mit Nachdruck nachgegangen. Alles in allem kann nicht deutlich genug gesagt werden, dass Dobusch und Mayr die politische Verantwortung für das Swap-Desaster zu tragen haben.

Als einer der jüngeren Gemeinderäte hier herinnen möchte ich noch eines anbringen: Wissen Sie eigentlich, was man mit den drohenden 417 Millionen Euro Verlust machen hätte können? Ich habe noch ein paar Beispiele mehr als Kollegin Polli. Man könnte beispielsweise allen 63.000 unter 30-jährigen Linzerinnen und Linzern 6611 Euro direkt überweisen oder, anders gesagt, wir Jungen können diese Schulden einmal bezahlen. Oder wir könnten uns die hart erstrittenen Nachtlinien - das war wirklich ein schwerer Weg - 1670 Jahre lang leisten, können Sie sich das vorstellen? Was sogar noch sinnvoller wäre, als dieses Geld den Banken in den Rachen zu werfen, Sie könnten allen 16- bis 29-Jährigen die nächsten 67 Jahre jedes Wochenende ein Bier zahlen.

Sie sind verantwortlich für die Wettspielchen mit der Zukunft der jungen Menschen unserer Stadt, so sieht nämlich in Wahrheit die soziale Politik der SPÖ aus. Danke.“ (Beifall ÖVP)

### **Stadtrat Mayr:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, drei Bereiche: Der erste, der sich direkt auf den Antrag der ÖVP bezieht. Die ÖVP beantragt in ihrem Antrag, dass jene Empfehlungen, Schlussempfehlungen des Rechnungshofs rasch umgesetzt werden sollen.

Ich darf daher zu den einzelnen Punkten, die der Rechnungshof empfiehlt, Stellung beziehen, wie weit der Umsetzungsstand ist, damit man die Ernsthaftigkeit dieses Antrags der ÖVP erkennen kann. Es sind insgesamt 21 Empfehlungen, die der Rechnungshof abgegeben hat:

„1. Es wäre eine dem Marktumfeld angepasste und risikotechnisch vertretbare Zusammensetzung des Portfolios mit fixen und variabel verzinsten Finanzierungen etwa im gleichen Ausmaß anzustreben, um das Verhältnis von Zinsaufwand zu Risiko zu optimieren. In der Stadt Linz wäre zu diesem Zweck der fix verzinsten Anteil deutlich zu erhöhen.“ Das heißt, der Rechnungshof empfiehlt ein ausgewogenes Verhältnis - 50 Prozent variabel verzinsten Darlehen oder Fremdfinanzierungen und 50 Prozent fixe.

Der Anteil an fix verzinsten Finanzierungen wurde seit 2010 bereits kontinuierlich erhöht, insbesondere da das städtische Kontrollamt hier eine entsprechende Empfehlung abgegeben hat. Das heißt, zum Stichtag 31. Mai 2013 beträgt der Anteil an fix verzinsten Finanzierungen 45,52 Prozent.

Wir haben heute im Stadtsenat entsprechende zusätzliche Beschlüsse gefasst, das heißt, nach Zuzählung der Fixzinsdarlehen auf Basis einer EU-Ausschreibung erhöht sich der Anteil an fix verzinsten Finanzierungen auf 47,4 Prozent. Das heißt, wir sind 2,6 Prozent Anteil unter der 50-Prozent-Grenze, das heißt, wir entsprechen in den letzten Jahren bei unseren Vorgangsweisen den Empfehlungen des städtischen Kontrollamtes und auch dem Bericht des Rechnungshofs.

Ich darf darauf hinweisen, dass der Kollege Watzl in der letzten Finanzausschusssitzung zu den beiden Fixzinsderivaten, die wir haben, gemeint hat, das sei eine positive Sache, weil dadurch der fix verzinsten Anteil erhöht wird. Das heißt, Punkt 1 des Rechnungshofs ist umgesetzt.

„2. Bei fehlender unmittelbarer Zuordnung von Derivatengeschäften zu den einzelnen Grundgeschäften sollte eine Strategie zur Absicherung gegen Risiken im Zusammenwirken mit Schulden- und Risikomanagement für den Einsatz von Derivatengeschäften erstellt werden; insbesondere wären hierbei die abzusi- chernden Risiken und die dafür zulässigen Instrumente zu definieren.“

Wir wissen - der Kollege Hein hat darauf hingewiesen -, dass es rechtliche Rah- menänderungen gegeben hat. Gemäß § 2 der Oberösterreichischen Finanzge- schäfte-Verordnung darf ein derivatives Finanzgeschäft nur als Absicherungs- geschäft zur Begrenzung von Zinsänderungs- und anderen Marktrisiken eines aufgenommenen Grundgeschäftes abgeschlossen werden. Zudem muss es mit dem Grundgeschäft verbunden sein, das heißt, die rechtlichen Rahmenbe- dingungen sind klar. Damit ist mit In-Kraft-Treten dieser Verordnung der zweite Punkt der Empfehlung des Rechnungshofs erfüllt bzw. obsolet, weil eine andere Vorgangsweise rechtlich nicht möglich ist.

„3. Es wäre festzulegen, welche Risikopositionen bezüglich welcher Risiken abgesichert werden sollen. Als Einsatzebenen kommen dabei einzelne Grundge- schäfte - Mikroebene -, mehrere gleichartige Grundgeschäfte - Portfolioebene - oder das gemeinsame Risiko aller Grundgeschäfte insgesamt - Makroebene - in Betracht.“ Zu diesem Risikomanagement darf ich darauf verweisen, dass wieder diese Finanzgeschäfte-Verordnung § 2 gilt und dass der Gemeinderat am 18. April 2013 die Rahmenrichtlinie und die Funktionalrichtlinie zum Portfolio- management, Marktrisikomanagement und Kontrahentenrisikomanagement beschlossen hat. Das heißt, es ist auch diese Forderung erfüllt.

„4. Für den Einsatz von Derivatengeschäften auf den drei Ebenen Mikroebene, Portfolioebene und Makroebene wären jeweils der Absicherungsbedarf sowie eine Risikoreduktion zu dokumentieren.“ Auch das ist umgesetzt, da diese Richtlinien und das Berichtswesen, das darauf aufbaut, zum Thema Finanz-, Cash-, Port- folio- und Risikomanagement mit ExpertInnen begleitet wurde bei der Erar- beitung. Das ist entsprechend in den Gremien beschlossen worden und die Richtlinie wurde am 18. April 2013 beschlossen, außer diesen bestehenden Fixzins-Swaps, die wir im letzten Finanzausschuss diskutiert haben. Und ich habe dort sehr positiv vermerkt, dass der Kollege Watzl diese Geschäfte für richtig erklärt hat, dass sie diesen Fixzins-Anteil erhöhen. Also auch diese Empfehlung ist umgesetzt.

„5. Eine der Strategie entsprechende Dokumentation der Risikoabsicherung - Risikoposition, eingesetzte Instrumente, Absicherungsbedarf, Absicherungserfolg im Sinne von Risikoreduktion - wäre zu entwickeln und als Grundlage für ein angemessenes Berichtswesen - Stadtsenat, Gemeinderat - zu verwenden.“ Ich darf wieder auf diese vom Gemeinderat am 18. April beschlossenen Richtlinien bzw. die darin enthaltenen Berichtswesensmaßnahmen verweisen und auch dieser Punkt der Empfehlungen des Rechnungshofs ist somit umgesetzt.

„6. Das Risikomanagement sollte insofern adaptiert werden, als die Wechsel- wirkungen aus einer Absicherungsstrategie darin Niederschlag finden und eine Hereinnahme neuer Risiken - zum Beispiel Währungsrisiko - durch Absicherungsinstrumente nicht unberücksichtigt und unerkannt bleibt.“ Auch hier ist dieser Punkt durch die vom Gemeinderat am 18. April 2013 beschlossenen Richtlinien bereits umgesetzt und § 6 der Oö. Finanzgeschäfte-

Verordnung lässt neue Geschäfte in Fremdwährungen nicht zu. Das heißt, die Empfehlung 6 ist umgesetzt.

,7. Beim Erwerb von Derivaten sollte generell in Ergänzung zur kameralen Betrachtung der einzelnen Zahlungsströme - auch eine Analyse des durch sie entstehenden Risikos durchgeführt werden. Derivative, die zu einer starken Erhöhung des Risikos ohne entsprechende Begrenzung führen, sind für die öffentliche Hand nicht geeignet. Von ihrem Einsatz sollte dementsprechend Abstand genommen werden.' Der § 2 der Oö. Finanzgeschäfte-Verordnung konkretisiert klar, welche Derivatgeschäfte zulässig sind und wir haben die Richtlinien, auf die ich bereits verwiesen habe. Das heißt, mit In-Kraft-Treten der Verordnung und der beschlossenen Richtlinien ist auch diese Empfehlung umgesetzt.

,8. Komplexe Derivatgeschäfte, deren Verhalten nicht eindeutig eingeschätzt werden kann, sind für den Einsatz im öffentlichen Bereich nicht geeignet und sollten daher nicht abgeschlossen werden.' Hier wieder der Verweis auf den § 2 der Oö. Finanzgeschäfte-Verordnung: Komplexe Derivatgeschäfte sind nicht zulässig. Die Richtlinien, was das Finanzmanagement betrifft, hat der Gemeinderat am 18. April 2013 beschlossen. Das heißt, umgesetzt bzw. obsolet, weil solche Geschäfte nicht mehr eingegangen werden dürfen.

,9. Laufzeiten von zehn Jahren und mehr bergen ein stark erhöhtes Risiko. Sie sollten nur in begründeten Einzelfällen vereinbart werden.' Ich darf wieder auf die Finanzgeschäfte-Verordnung verweisen, dass derivative Finanzgeschäfte mit dem Grundgeschäft verbunden sein müssen und die Laufzeit des Grundgeschäftes darf nicht überstiegen werden. Die Laufzeit eines derivativen Geschäftes hat spätestens mit dem Ende der Laufzeit des Grundgeschäftes zu enden. Also umgesetzt und erfüllt.

,10. Der direkte Erwerb von Swaps wäre dem Erwerb über Swaptions vorzuziehen.' Gemäß der Oö. Finanzgeschäfte-Verordnung sind Swaptions nicht mehr erlaubt und nicht zulässig, daher ist auch der Punkt 10 der Rechnungshofempfehlungen umgesetzt.

,11. Finanzinstrumente, für die kein ausreichend liquider Markt besteht, sollten von der öffentlichen Hand und den öffentlichen Unternehmen wegen der eingeschränkten Möglichkeiten zur Risikobegrenzung nicht abgeschlossen werden.' Auch hier verbietet wieder die Oö. Finanzgeschäfte-Verordnung, dass Derivate abgeschlossen werden, für die kein ausreichender liquider Markt besteht. Das heißt, solche Derivate sind verboten, daher ist die Empfehlung des Rechnungshofes umgesetzt.

,12. Es wäre ein Reporting aufzubauen, welche die Risikoidentifikation bzw. die Steuerung und Überwachung des Risikos ermöglicht.' Diesen Punkt haben wir ebenfalls erfüllt. Der Gemeinderat hat dies am 18. April 2013 mit der Rahmenrichtlinie für das Finanzmanagement der Stadt Linz beschlossen.

,13. Es wären schriftliche Vorgaben für das Finanz- und Risikomanagement zu erstellen. Diese sollten unter anderem strategische Überlegungen zu Art und Umfang der einsetzbaren Finanzinstrumente, zu Laufzeiten, Verzinsungen, Wäh-

rungen, finanzierenden Institutionen, derivativen Instrumenten und Limits enthalten, weiters operative Handlungsanweisungen sowie Entscheidungs- und Unterschriftenbefugnisse samt Informations- und Dokumentationspflichten.' Auch diese Empfehlung wurde durch die Finanzmanagement-Richtlinien umgesetzt. Es gibt auch eine interne Neustrukturierung der Finanzverwaltung durch den Herrn Finanzdirektor, sodass dieser Punkt 13 ebenfalls erfüllt ist.

,14. Zur besseren Einschätzung und gezielten Überwachung der eingegangenen Risiken des gesamten Portfolios einschließlich der Derivatengeschäfte wären aussagekräftige Risikokennzahlen zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang sollten im Sinne eines effizienten Schuldenmanagements geeignete, im Finanzsektor angewandte Maßnahmen und Instrumente zur Bewertung, Begrenzung und Steuerung von Finanzierungsrisiken ergriffen und installiert werden, wie zum Beispiel Value at Risk-Modelle zur Quantifizierung der Marktrisiken von Finanzinstrumenten und Cashflow at Risk-Modelle zur Bewertung der zahlungswirksamen Zinsänderungsrisiken.' Durch die Finanzmanagement-Richtlinie, die der Gemeinderat beschlossen hat, ist das erfüllt. Herr Kollege Watzl kann sicher bestätigen, dass im letzten Finanzausschuss seitens des Finanzdirektors entsprechend über diese beiden Modelle und den Stand Stadt Linz alleine inklusive des AKh beziehungsweise der Immobilien-gesellschaft berichtet wurde. Wir haben das sehr intensiv diskutiert. Auch der Punkt 14 ist umgesetzt.

,15. Fremdwährungsfinanzierungen wären nur dann vorzunehmen, wenn Zins- und Wechselkursvorteile in günstiger Relation - zum Beispiel hinsichtlich Zinsniveau und Zinsdifferential zwischen den Währungen - zu den zusätzlichen Risiken stehen und die damit verbundenen Risiken - insbesondere das Wechselkursrisiko - laufend gemessen, streng limitiert und gezielt überwacht werden.' Laut § 6 der Oberösterreichischen Finanzgeschäfte-Verordnung sind Neugeschäfte in Fremdwährungen nicht zulässig, daher ist dieser Punkt ebenfalls erfüllt.

,16. Zur Begrenzung des weiterhin bestehenden Fremdwährungsrisikos aus der Schweizer Franken-Anleihe der Stadt wären geeignete Maßnahmen zu setzen.' Hier gibt es – das ist heute bereits erwähnt worden – einen Antrag, der im Gemeinderat beschlossen wurde beziehungsweise dem Finanzausschuss zur Beratung zugewiesen wurde und mit dem Antragsteller hat es bereits entsprechende Gespräche gegeben und wird im Finanzausschuss vorgelegt und dort zur Diskussion gestellt werden. Also auch hier braucht es keines Beschlusses, sondern wir haben diesen Antrag bereits im Finanzausschuss und er wird bearbeitet.

,17. Der Kauf von Floors wäre zu untersagen, zumal solche Finanzinstrumente risikoerhöhend wirken.' Gemäß § 2 Oberösterreichische Finanzgeschäfte-Verordnung ist ein Floor nur gekoppelt mit einem Cap zur Eingrenzung des Zinskorridders zulässig, daher ist auch diese Empfehlung des Rechnungshofes erfüllt.

,18. Unmittelbar nach Beendigung aller straf- und zivilrechtlichen Verfahren wäre eine eingehende Untersuchung der Verantwortlichkeiten und damit zusammenhängend die Prüfung allfälliger Schadenersatzansprüche auf allen Ebenen einzuleiten beziehungsweise wären solche bei Vorliegen der Voraussetzungen auch geltend zu machen.' Der Punkt spricht für sich, es laufen die zivilrechtlichen Auseinandersetzungen.

,19. Um allfällige Unklarheiten von vornherein auszuschließen, wäre auch für Derivative im Gesellschaftsvertrag explizit eine Genehmigungspflicht durch beide Gesellschafter festzuschreiben.' Textlich bezieht sich diese Empfehlung offenbar auf beide Immobiliengesellschaften. Dazu ist festzuhalten, dass nur die Immobilien Linz GmbH & Co KG über zwei Gesellschafter verfügt, nämlich die Stadt als Komplementärin und die Immobilien Linz GmbH als Kommanditistin. In der Immobilien Linz GmbH ist die Stadt hingegen allein Gesellschafterin, sodass eine Genehmigungspflicht für Derivate durch, wie es heißt, beide Gesellschafter formell bei der GmbH nicht möglich ist.

Es wird derzeit daran gearbeitet, obwohl durch Klarstellungen im Aufsichtsrat schon vor längerer Zeit es so ist, dass hier die gleiche Vorgangsweise wie bei der Stadt gewählt wird, das heißt, dass Darlehensaufnahmen etc. vom Aufsichtsrat zu genehmigen sind. Es wird eine Änderung der Gesellschaftsverträge für beide vorbereitet. Im Übrigen müssten Landtagsabgeordnete wissen, weil das heute schon Thema war, dass es Übergangsbestimmungen gibt. Daher wird auch dieser Punkt umgesetzt und erfüllt.

,20. Eine Begrenzung und gegebenenfalls eine Verringerung des Schweizer Franken-Währungsrisikos der Linz AG wäre durchzuführen.'

,21. Die Finanzierungsstrategie wäre gegebenenfalls rechtzeitig an neue Marktentwicklungen anzupassen bzw. deren Einhaltung sicherzustellen.' Seit März 2013 gibt es in der Linz AG keine Schweizer Franken-Finanzierung mehr, das heißt, es sind auch die Punkte 20 und 21 umgesetzt.

Das heißt aus meiner Sicht, der Antrag der ÖVP auf rasche Umsetzung ist bis auf einen Punkt, der im Finanzausschuss zur Behandlung vorliegt, umgesetzt durch die Beschlüsse hier im Gemeinderat bzw. durch das In-Kraft-Treten der Oberösterreichischen Finanzgeschäfte-Verordnung. Das zum ersten Punkt.

Zum zweiten Punkt, es wurde heute auch die finanzielle Situation der Stadt Linz angesprochen und diskutiert. Ich glaube, dass man diese Diskussion sehr intensiv zu führen hat, um nämlich auf die wahren Ursachen bei der Analyse zu kommen und damit Nebelwerferei, Nebelgranatenwerferei und quasi Nebengeleise, die mit der Realität nichts zu tun haben, tatsächlich Eingang in die Diskussion und in die Analyse finden.

Das Zentrum für Verwaltungsforschung, das KDZ, hat jetzt eine aktuelle Studie vorgelegt und die Transferbeziehungen zwischen dem jeweiligen Bundesland und der jeweiligen Landeshauptstadt analysiert, und zwar wurden die Städte Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg verglichen, wie schaut tatsächlich der Einfluss des jeweiligen Bundeslandes auf die Finanzen der jeweiligen Landeshauptstadt aus. Ich darf den Gemeinderat davon informieren, dass der Transfersaldo, also quasi jene Beträge, die der Stadt vom jeweiligen Bundesland entzogen werden, sich im Vergleichsjahr 2010 – das sind die aktuellen Daten, die verglichen werden konnten – folgendermaßen darstellt:

Linz hat einen Negativsaldo pro Einwohner und Einwohnerin von 790 Euro – also wir zahlen netto für jede Linzerin und für jeden Linzer 790 Euro an das Land Oberösterreich. In Salzburg beträgt dieser Betrag pro Einwohnerin und Ein-



wohner 312 Euro, also nicht einmal die Hälfte jenes Betrages, mit dem die Linzerinnen und Linzer durch das Land Oberösterreich im Transferbereich belastet werden. Die Stadt Graz hat überhaupt eine hervorragende Position gegenüber der Steirischen Landesregierung, dort beträgt der Transfersaldo 168 Euro, das heißt die Stadt Graz zahlt pro Einwohnerin und Einwohner 168 Euro an das Land. Wir - zur Erinnerung - 790 Euro. Und die vierte vergleichbare Stadt Innsbruck hat ähnlich wie Salzburg 329 Euro negativen Transfersaldo an das Land Tirol zu bezahlen. Das heißt, Salzburg, Graz, Innsbruck zahlen weniger pro Bürgerin und Bürger als 50 Prozent dessen, was die Stadt Linz an das Land Oberösterreich zu bezahlen hat.

Dann gibt es aus dieser Analyse heraus eine interessante Darstellung. Die Finanzkraft - die Definition kennt jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat - ist mit 100 Prozent festgelegt und dann untersucht hier das Zentrum für Verwaltungsforschung, was bleibt von dieser Finanzkraft am Ende des Tages übrig, wenn man die Zahlungen der Landeshauptstädte an das jeweilige Bundesland und die Zahlungen des jeweiligen Bundeslandes an die Städte berücksichtigt. Graz bleibt von der Finanzkraft 89 Prozent über, Innsbruck bleibt von der Finanzkraft 82 Prozent über, Salzburg bleibt von der Finanzkraft 83 Prozent über, Linz bleibt von der Finanzkraft 57 Prozent über. Das heißt, dass fast die Hälfte der Linzer Finanzkraft vom Land Oberösterreich abgeschöpft wird; in Graz sind das elf Prozent, in Innsbruck 18 Prozent und in Salzburg 17 Prozent.

Ich darf jetzt zu den quasi Schlüssen dieser Untersuchung kommen. Ich zitiere: ‚Eine Transferlast für die Stadt Linz, die auf dem Niveau der anderen Landeshauptstädte liegen würde, hätte substantielle Auswirkung auf die freie Finanzspitze der Stadt. Die freie Finanzspitze der Stadt Linz war 2010‘ - das letzte Jahr, für das vollständige Daten vorliegen, also auch Daten zu den Quasi-Transfers - ‚negativ bei minus 50 Millionen Euro. Bei einer Transferbelastung wie jener der Stadt Graz, würde sich die freie Finanzspitze von Linz gegenüber dem Status quo um ca. 126 Millionen Euro erhöhen.‘ Das heißt, wir hätten einen Überschuss von 76 Millionen Euro. Die Stadt Linz müsste keinen Cent Kredit aufnehmen und wir hätten wunderbare Verhältnisse.

Zwischenruf **Gemeinderat Mag. Baier:**  
„Ein Märchenland!“

**Stadtrat Mayr** weiter:

Das müssen Sie den Studienautoren vorwerfen. Ich werde ihnen das gerne mitteilen, dass Sie deren Qualifikation in Frage stellen. Aber es ist typisch für Sie, wenn die Fakten eine andere Sprache sprechen, dann werden die Stehsätze abgerufen, die in den Rhetorikseminaren der Jungen ÖVP erlernt wurden. Also die Quasi-Transfers wären um ca. 163 Millionen besser, das heißt, wir hätten einen Überschuss in der freien Finanzspitze von 113 Millionen Euro.

Ich kann Ihnen das nicht ersparen, denn wenn man eine ordentliche Analyse der Ursachen macht und wenn einem die Ergebnisse nicht passen, dann sagt man, das kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum, das Zentrum für Verwaltungsforschung interessiert uns nicht, die machen falsche Analysen, das stimmt alles nicht.

Aber Fakt ist, wenn man sich ordentlich damit beschäftigt, weiß man, was hier in diesem Bundesland los ist. (Zwischenruf) Nicht nervös werden, ganz ruhig

bleiben. (Zwischenruf) Nein, ich bin überhaupt nicht nervös, Sie sind sehr nervös, aber das ist nicht mein Problem, wenn Sie nervös sind. Faktum ist, Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann und Gemeinderat, dass hier wissenschaftliche Analysen ein klares Wort sprechen, wo die wahren Ursachen liegen, nämlich in den Beziehungen der jeweiligen Landeshauptstadt zum jeweiligen Bundesland und hier sind die Linzerinnen und Linzer zutiefst benachteiligt im Vergleich zu den Bürgerinnen und Bürgern von Graz, Innsbruck und Salzburg.

Jetzt zum dritten Punkt: Der Herr Klubobmann hat eine interessante Darstellung des Jahres 2010 gebracht. Es ist besonders interessant, wenn man als Beweismittel die internen Protokolle oder internen Aktenvermerke der BAWAG verwendet. Das ist schon eine interessante Lage.

Zwischenruf **Gemeinderat Mag. Baier:**  
„Im Sonderkontrollausschuss!“

**Stadtrat Mayr** weiter:

Die einzigen Dokumente, die Herr Klubobmann Baier zitiert hat, sind BAWAG-interne Vermerke, die nie mit der Stadt und den Beteiligten bei Gesprächen abgestimmt wurden. Aber es kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger ein Bild machen und seine Schlüsse ziehen. (Zwischenrufe) Sind Sie nicht so nervös, ich weiß nicht, was Sie haben, weil Sie auf unsicherem Terrain sind. (Zwischenruf) Ich weiß nicht, Herr Kollege Baier, bleiben wir doch sachlich und ruhig. (Zwischenrufe) Ich trage meine Argumente vor und Sie melden sich dann zu Wort und tragen Ihre Argumente vor. Das ist eine demokratische Kultur, dass man wechselseitig den Argumenten zuhört. (Zwischenrufe)

Herr Kollege Baier stützt sich offensichtlich nur auf BAWAG-Unterlagen. Zwei wesentliche Dokumente aus dem Jahr 2010 hat Herr Kollege Baier nicht zitiert, weil sie für die Stadt sprechen, weil sie den Rechtsstandpunkt der Stadt unterstützen und weil sie für uns wichtig sind. Die Frau Vorstandsdirektorin Prehofer schreibt im Schreiben vom 7. Juli 2010 an den Bürgermeister: ‚Zu Ihrem Hinweis am Ende des gestrigen Gespräches, dass das Geschäft aus formalen Aspekten nichtig sein könnte, möchten wir in aller Deutlichkeit festhalten...‘ Das heißt, es ist in diesem Schreiben der Vorstandsdirektorin der BAWAG dokumentiert, dass am 6. Juli der Bürgermeister zu den Repräsentantinnen und Repräsentanten der BAWAG festgestellt hat, dass wir das Geschäft für nichtig ansehen und es wäre, glaube ich, ein Zeichen der Objektivität, wenn man dieses Dokument auch zitieren würde.

Ich darf ein zweites Dokument zitieren, weil das auch nicht erwähnt wurde. Und zwar hat der Anwalt der Stadt Linz am 11. Oktober 2010 folgendes Schreiben versandt: ‚Wie Ihnen bekannt ist, wird am 15. Oktober 2010, folgt man dem Wortlaut der als Einzelabschlussbestätigung bezeichneten Urkunde vom 15. Oktober 2007, eine Zahlung an Ihre Gesellschaft zu leisten sein. Die Stadt Linz wird diese Zahlung zwar leisten, dies aber unter Vorbehalt der Rückforderung. Wie Ihnen aus mehreren Gesprächen mit Repräsentanten der Stadt Linz bekannt ist, wird unsererseits ausgeschlossen, dass das in der genannten Urkunde genannte Geschäft für die Stadt eine wie auch immer geartete Rechtswirkung erzeugt, was auch ein Blick auf die Judikatur des Obersten Gerichtshofes zeigt. Die Stadt Linz behält sich die nötigen Schritte zur Feststellung der Richtigkeit ihres Standpunktes vor.‘

Das heißt, die BAWAG weiß seit Juli 2010, dass die Repräsentanten der Stadt dieses Geschäft für nichtig erachten und es wird noch spannend sein, welche Geschäfte die BAWAG auf Basis dieses 4175 nach dieser Information, dass es nichtig ist, abgeschlossen hat. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man nicht nur aus diesen internen Gesprächsnotizen der BAWAG zitiert, sondern dass man fairerweise auch jene Schreiben erwähnt, aus denen klar hervorgeht, dass wir seit Anfang Juli 2010 dieses Geschäft für nichtig bezeichnen und entsprechende rechtliche Konsequenzen daraus ziehen.

Dass der Rechnungshofbericht, wie Kollege Watzl gesagt hat, den Rechtsstandpunkt der Stadt Linz stützt, ist richtig, dass der Rechnungshof zu Recht auch kritische Bemerkungen anführt, ist auch richtig und daraus muss man die notwendigen Schlüsse ziehen. Eines muss aber klar gesagt werden: Wir sind nicht Täter als Stadt Linz, wir sind Opfer und wir sollten gemeinsam für die Interessen der Stadt Linz kämpfen in dieser rechtlichen Auseinandersetzung. Und ich bin mir sicher, dass sich unser Rechtsstandpunkt durchsetzt und dass die Stadt Linz gegen die BAWAG gewinnen wird. Eine Reihe von dutzenden Beispielen aus der Bundesrepublik Deutschland zeigen, dass die Vorgangsweise der Banken in ganz Europa die gleiche war und die Banken in Deutschland haben alle Prozesse verloren. Daher lade ich die ÖVP ein, tatkräftig mitzuwirken und mitzukämpfen. Es geht um Linz und Linz kann nicht, darf nicht und wird nicht Opfer der BAWAG sein.“ (Beifall SPÖ)

**Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter:**

„Gut, dann darf ich Sie zurückbegrüßen von der Hypnose-Show des Finanzstadtrates Mayr. Das ist das, was wir viele Jahre gehört haben, ich höre es, seitdem ich dabei bin. Zuerst ein langer Vortrag, den Ersten fallen die Augen bereits aufgrund der vielen Details zu, dann die Suche nach Schuldigen bei den anderen. Die Verantwortlichen der Stadt dürften wirklich nichts falsch gemacht haben, wenn man Ihnen zuhört - auch eine Auffassung, die ich nicht teilen kann. Und dann wird abgelenkt vom größten Finanzskandal der Stadt Linz, den wir je hatten, zum Thema selbst nur sehr beschränkt.

Ein kleines Detail darf ich als Replik zu Ihnen geben, Herr Stadtrat Mayr. Die fixe Verzinsung inklusive Sonderfinanzierung, Leasing und ohne Immobilien Linz GmbH stellt sich für uns nicht unter 50 Prozent dar, sondern mit 61 Prozent Variablen und 49 Prozent fix. Das zu den Details.

Zum Thema Finanz- und Risikomanagement: Der Rechnungshofbericht zeigt deutlich schwere Defizite im Finanz- und Risikomanagement auf. Für die Gestaltung dieser wesentlichen Instrumentarien einer funktionierenden Stadtverwaltung sind auf politischer Ebene der Finanzstadtrat, der gerade den Saal verlässt, und der Bürgermeister in vorderster Linie verantwortlich. Im Rechnungshofbericht wird das Finanz- und Risikomanagement sehr breit diskutiert und schwer bemängelt.

Ich möchte nur ganz wenige Auszüge aus der Kurzfassung des Rechnungshofes machen, Seite 20, Textzahl 6: „Abgesehen von dem in der für den Magistrat der Stadt Linz geltenden Haushaltsordnung 2006 angeordneten Vier-Augen-Prinzip für die Durchführung von Aus- und Einzahlungsanweisungen verfügte die Stadt Linz über keine schriftlichen Regelungen zum Finanz- und Risikomanagement. Ein professionelles Risikomanagement mit Kompetenzregelungen, Limitvorgaben

und einem verbindlich festgelegten Vier-Augen-Prinzip für den Abschluss von Finanzgeschäften war nicht eingerichtet. Da somit keine Risikomessungen durchgeführt wurden, war die Stadt Linz über das Risiko ihrer Finanzgeschäfte nicht informiert und konnte die im Stadtstatut angeordnete Beachtung der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt bei der Aufnahme von Darlehen nicht eingehalten werden.' Ich kann ihn leider jetzt nicht fragen, aber ich wollte nur fragen, ob da auch irgendjemand anderer etwas dafür kann.

Seite 27, Textzahl 27: ‚Er‘ – Anmerkung: Der Finanzdirektor - ‚hatte so genannte Forwards für die zukünftige Entwicklung der Wechselkurse zwischen Euro und Schweizer Franken nicht beachtet und auf dieser Grundlage auch keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt. Somit lag keine ausreichende Dispositionsgrundlage für den Swap-Abschluss vor. Die Risikosituation für die Stadt Linz - insbesondere der Worst-Case-Szenarien - wurde vor dem Abschluss des Swaps nicht ausreichend analysiert und bewertet.‘

Und auf Seite 28 noch kurz, Textzahl 28: ‚Aufgrund des Fehlens einer geeigneten Stop-Loss-Strategie bzw. einer Deckelung der Zinslast (Caps) verfügte die Stadt Linz über keine wirksamen Maßnahmen zur Risikobegrenzung im Sinne der Mindestanforderungen eines effizienten Risikomanagements.‘ Der Rechnungshof bezieht sich hier nicht mehr auf Management generell, sondern auf Mindestanforderungen, die hier nicht erfüllt sind.

Zur Ausgangslage der ganzen Swap-Thematik schreibt der Rechnungshof unter 6.2: ‚Der Rechnungshof kritisiert das fehlende Risikomanagement.‘ Die Stadt Linz unter 6.3 sagt dazu - das ist bitte die Antwort der Stadt Linz schon zu diesen quasi Vorwürfen: ‚Laut Stellungnahme der Stadt Linz habe der Finanzdirektor durch sein mangelndes Verständnis die wahre Natur des Geschäfts und seine Risiken nicht erkannt, weshalb sich für ihn und für die Stadt Linz auch nicht die Frage nach Einrichtung einer Organisation und Schaffung personeller und technischer Strukturen zur Beherrschung von Risiken, wie sie nur professionelle Investment-Banken besitzen, gestellt habe.‘ Ich darf nur kurz zwischenfragen: Wer ist für das Personal verantwortlich?

Unter 6.4 erwidert der Rechnungshof, dass die Aufgabe zur grundsätzlichen Organisation des Risikomanagements nicht dem Finanzdirektor, sondern den zuständigen Organen der Stadt Linz, laut Stadtstatut dem Gemeinderat oblag. Der Rechnungshof wies im Zusammenhang mit den Anforderungen an ein wirksames Risikomanagement auch auf seine grundsätzlichen Empfehlungen unter der Textzahl 3 hin, wonach insbesondere vor Einstieg in Finanzierungsgeschäfte ausreichend qualitativ personelle und geeignete organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden sollten und geeignete Maßnahmen und Instrumente zur Bewertung, Begrenzung und Steuerung von Finanzierungsrisiken zu installieren wären.

Diese Forderung nach einem funktionierenden Risikomanagement erachtete der Rechnungshof als unabdingbare Voraussetzung vor Aufnahme von Finanzgeschäften, und zwar unabhängig vom subjektiven Verständnis und der persönlichen Risikoeinschätzung der ausführenden Personen.

Es kann sich zu diesen Ausführungen des Rechnungshofes jeder seine Meinung bilden, wer in dieser Stadt die Verantwortung zu tragen hat. Bei ähnlichen Fällen in anderen Bundesländern wurden Konsequenzen gezogen.

Zum Umgang mit dem Geld: Der Swap über 195 Millionen Schweizer Franken ist doch nur die Spitze eines Finanzdebakels. Auf Seite 18 der Kurzfassung und der Ausgangslage führt der Rechnungshof aus: ‚Die Schulden der Stadt Linz, der Immobilien Linz GmbH, der Immobilien Linz GmbH & Co KG sowie der Linz AG beliefen sich auf 883,06 Millionen Euro 2006 und auf 1523 Millionen Euro 2010, also um 72 Prozent erhöht. Dieses Schuldenportfolio bildete die Grundlage bzw. den Rahmen für die später abgeschlossenen Derivate.‘ Nur nebenbei bemerkt, ist der enorme Schuldenzuwachs in den Jahren 2011 und 2012, der trotz toller Konjunktur passierte, hier noch nicht einmal berücksichtigt. Der Rechnungshof sieht es sich hier nur bis 2010 an.

Und jetzt denken Sie einmal an einen Vergleich mit einem Unternehmen. Im Unternehmen ist das Management für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Liegt dies nicht vor, dann gibt es klare Verantwortlichkeiten im Bereich der Geschäftsführung. Auf die Stadt heruntergebrochen heißt das verantwortliche Management: der Bürgermeister und der Finanzreferent. Wie reagiert ein mit eigenem Vermögen agierender Unternehmer, wenn innerhalb von vier Jahren die Schulden um 72 Prozent anwachsen?

Der im Sinne kaufmännischer Vorsicht agierende Unternehmer strafft sofort die Organisation - zumindest die meisten, die dann auch überleben. Der Unternehmer reagiert hoch sensibel im Umgang mit Finanzgeschäftspartnern und kontrolliert die Bereichsverantwortlichen, um den Schaden vom Unternehmen abzuwehren. Und vergleichen Sie bitte dazu, was ist in der Stadt passiert?

Eines an der Diskussion ist müßig heute, denn mit und ohne Swap ist nicht zu erkennen, wie diese Schulden jemals abgebaut werden sollen. Die Erhöhung der Parkgebühren ist nicht einmal ein Tropfen auf diesem heißen Stein, den Sie, Herr Bürgermeister, mit Ihrem Finanzreferenten aus der Arbeit der letzten Jahre zu verantworten haben. Was wir uns alles leisten hätten können.

Einsparungen werden uns bereits von vielen Bereichen der Verwaltung und damit dem Bürgerservice präsentiert. Eine gesunde Stadt müsste nicht an den Personalkosten eisern sparen oder Gebühren erhöhen, um die verlorenen Millionen wieder mühsam hereinzusparen. Beachten Sie teilweise die Asphaltdecken auf den Gemeindestraßen von Linz, vielerorts bereits ein Fleckerlteppich. Und beachten Sie, wie viele nicht gemähte Rasenflächen es inzwischen in Linz gibt - vor Jahren noch undenkbar, heute Realität. Sparen an allen Ecken und Enden. Ohne die Schulden wären Projekte wie die Verbreiterung der Nibelungenbrücke und vieles mehr leicht umsetzbar. Unsere an Steuereinnahmen grundsätzlich reiche Stadt hätte mit diesen Ausgaben in der Dimension normalerweise kein Problem. Unter den aktuellen Umständen werden wir Linzer noch viele Jahre auf eine solche und andere Aufwertungen wie des Radnetzes und der sanften Mobilität warten müssen.

Zusammenfassend: Wenn in den letzten Tagen und Wochen die SPÖ-Linz darüber spricht, dass sie über die Forderungen der ÖVP verwundert ist, so möchte ich zu bedenken geben, dass seit Bekanntwerden des Swap Skandals sehr lange Zeit gewesen wäre, politische Konsequenzen ohne Aufforderung der letzten verbliebenen Oppositionsfraktion, der ÖVP, zu ziehen. Die finanzielle Schieflage der Stadt Linz ist nicht mehr zu beschönigen, ganz egal, wer den Swap am Ende der Tage bezahlen muss - hoffentlich nicht die Bürgerinnen und Bürger der Stadt

Linz. Die politisch Verantwortlichen sind offensichtlich und für jeden Linzer deutlich auszumachen.

Wenn man Stadtrat Mayrs ruhiger Stimme beim Vortrag der finanztechnischen Details zuhört, könnte man glauben, alles sei gut. Aber pleite sind wir auch ohne Swap. Bei allem Respekt vor dem, was die verantwortlichen Personen in anderen Bereichen für die Stadt erreicht haben - es ist Zeit, persönlich Konsequenzen zu ziehen. (Beifall ÖVP)

In diesem Sinne darf ich den **Zusatzantrag** zur Umsetzung der Rechnungshofempfehlungen und Überarbeitung des Regelkataloges zum Finanzmanagement kurz vortragen:

Der Gemeinderat beschließe:

**„Zudem wird der Finanzreferent beauftragt, folgende Veranlassungen zu treffen:**

**1. Der halbjährlich vorgesehene Bericht zum Finanzmanagement soll nicht nur dem Finanzausschuss, sondern auch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat jeweils mit dem Rechnungsabschluss und dem Voranschlag vorgelegt werden.**

**2. Für die Darstellung des Gesamtschuldenstandes und der daraus resultierenden Tilgungs- und Zinsbelastung sind auch sämtliche außerbudgetären Finanzierungen und die Finanzportfolios der Immobiliengesellschaften, des AKH und der sonstigen städtischen Gesellschaften, die auf städtische Zuschüsse für einen Bilanzausgleich angewiesen sind, einzubeziehen.**

**3. Aufgrund des Berichtes zum Debt-Management 05/2013 ist ersichtlich, dass die im Finanzmanagement festgelegten Risikogrenzen, ab denen der Finanzdirektor zu informieren und hinsichtlich korrigierender Maßnahmen zu konsultieren ist, viel zu hoch sind und die nachhaltige Leistungsfähigkeit der Stadt jedenfalls übersteigen. Entgegen den Empfehlungen des Rechnungshofes wäre z.B. ein weiterer massiver Anstieg des Anteils der Verschuldung mit einem ungesicherten variablen Zinssatz möglich. Es soll daher im Finanzausschuss zur Überarbeitung des Regelkatalogs für das städtische Finanzmanagement eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Es sollen dabei auch eindeutige Formulierungen bezüglich des Verbotes von Fremdwährungsgeschäften ohne Nebenbestimmungen, des Verbotes von spekulativen Derivaten, des Verbotes von telefonischen Abschlüssen von Finanzgeschäften und die durchgängige Verpflichtung des Vier-Augen-Prinzips festgeschrieben werden. Zudem sind auch die Zuständigkeit des Finanzreferenten und die Berichtspflicht an ihn festzulegen.’**

Danke.“ (Beifall ÖVP)

**Gemeinderat Mag. Baier** zur tatsächlichen Berichtigung:

„Herr Stadtrat Mayr, Sie haben gesagt, ich würde mich auf interne Unterlagen der BAWAG beziehen. Richtig ist vielmehr, dass ich mich auf Unterlagen des Linzer Kontrollamtes und Unterlagen, die dem Sonderkontrollausschuss vorliegen, bezogen habe. Es kann daher keineswegs die Rede sein, dass ich mich auf interne Unterlagen der BAWAG beziehe, die vielleicht sogar nur mir exklusiv vorliegen würden.

Ich darf Sie aber an dieser Stelle auffordern und dringend ersuchen, wenn Sie darüber hinaus noch Unterlagen besitzen, die wir im Sonderkontrollausschuss noch nicht kennen, die Unterlagen vorzulegen.

Zum Zweiten darf ich darauf hinweisen, dass ich mich schon auf die nächste Befragung von Ihnen im Sonderkontrollausschuss freue, denn Sie sind uns auch heute wieder wesentliche Antworten schuldig geblieben. Sie machen ja dort etwas auf Gesprächsverweigerung und ich hoffe, dass es das nächste Mal anders wird.“ (Beifall ÖVP)

**Bürgermeister Dobusch:**

„Ich darf mich auch ganz kurz zu Wort melden, weil ich einige Male wegen des Rahmenvertrages angesprochen worden bin. Ich möchte hinweisen, dass die Rechtsvertreter der Stadt und ich die Einschätzung des Rechnungshofes in diesem Fall nicht teilen, nämlich dass ich mir den Rahmenvertrag intensiver anschauen hätte müssen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich mit einem Schreiben Zinssicherung in EURIBOR nicht nur einen Rahmenvertrag vorgelegt bekommen habe am selben Tag, sondern drei Rahmenverträge: einen für die Raiffeisenkasse, einen für die Sparkasse und einen für die BAWAG, das möchte ich betonen. Und alle drei sind gleich, weil das sind internationale Verträge, die von den österreichischen Banken verwendet werden und es ist grundsätzlich üblich, dass sie, bevor irgendwelche Geschäfte sind, unterzeichnet werden. Mit diesen drei Rahmenverträgen wurde kein einziges konkretes Geschäft auch nur im Ansatz von mir genehmigt, das möchte ich einmal grundsätzlich dazusagen, und daher teilen wir diese Meinung des Rechnungshofes nicht.

Das Zweite, was ich noch sagen wollte, das Jahr 2010 und das, was Herr Baier gesagt hat, ist nicht Inhalt des Rechnungshofberichtes. Ich kann nur sagen, dass ich mich sehr bemüht habe, als ich von diesem Geschäft erfahren habe, das einmal zu verstehen, das ist ganz schwierig gewesen, muss ich sagen. Ich bin mir heute nicht ganz sicher, ob ich alle Facetten solch eines Geschäftes überhaupt verstehe, ich glaube eher nicht.

Es ist dann zu einem Termin mit dem Vorstand der BAWAG gekommen und da habe ich mitgeteilt, dass ich die Meinung habe, dass dieses Geschäft nichtig sei. Und wenn mich nicht alles täuscht, Herr Gemeinderat Baier, dann haben Sie - das meinte Herr Mayr mit BAWAG-interne Unterlagen, denn es ist schon richtig, dass sie allen Kontrollausschussmitgliedern vorliegen, weil Herr XXXXXX diese Unterlage von sich aus den Kontrollausschussmitgliedern zugeschickt hat. Ich möchte betonen, es gibt auch ein Zitat in dieser Unterlage, wo Herr XXXXX - das ist ein internes Schreiben der BAWAG, das von niemandem autorisiert ist – diese weitergeschickt hat und insofern ist eine interne BAWAG-Unterlage gemeint, die von niemandem anderen Dritten sozusagen autorisiert war.

Zum Beispiel hätten Sie zitieren können, dass ich in dem Gespräch mit dem Vorstand - das wird auch da drinnen zitiert - diese Nichtigkeit des Geschäftes ein zweites Mal angesprochen habe. Das ist auch nicht zitiert worden. Ich habe sozusagen mehrere Male versucht, zuerst in Form von Gesprächen den Schaden von der Stadt abzuwehren, das ist mir in einer sehr einfachen Form leider nicht gelungen. Solche Gespräche sind nicht sehr einfach zu führen und daher dauert

so etwas eine gewisse Zeit. Daher habe ich bis in das Frühjahr hinein geglaubt, dass das, was die BAWAG will, möglicherweise anders lösbar ist und so muss man Dinge verstehen, die mit denen gesprochen worden sind.

Es ist überhaupt kein Problem, hier darüber zu reden, dass ich mich einige Monate lang bemüht habe, dieses Geschäft wegzubringen, um nicht von vornherein zu Gericht gehen zu müssen. Am Anfang habe ich geglaubt, das könnte gelingen. Dann habe ich mich natürlich juristisch beraten lassen und dann ist dieses Schreiben an die BAWAG gegangen, dass wir zurückfordern werden. Da haben mir die Juristen geraten, wir sollen zahlen, weil sie selbst noch unsicher waren, wie das Ganze eigentlich zu verstehen ist und was man alles machen kann. Dass das so ein komplexes Geschäft ist, das wissen Sie, daher habe ich, muss ich sagen, was meine Person betrifft, so ein ruhiges Gewissen, wie ich gegen diesen Swap gekämpft habe die ganze Zeit und der BAWAG vorgehalten habe, dass ich mich missbraucht fühle als Stadt und als Person und dass die BAWAG als Vertrauensbank eigentlich ihre ganze Aufklärung nicht erfüllt hat. Das habe ich alles der BAWAG in Gesprächen vorgeworfen.

Im Nachhinein würde ich heute sagen, bin ich sehr wohl durch die juristischen Expertisen, durch die ganzen Arbeitsaufträge, die erteilt worden sind, in der Beurteilung des Ganzen eigentlich in meiner Meinung nur sehr bestätigt worden, dass hier die BAWAG unseriös agiert hätte - vom Anfangsverlust angefangen, der nicht erzählt worden ist, bis hin usw.

Ich bin im Nachhinein gesehen mit meiner Analyse, die ich ziemlich bald gemacht habe, relativ zufrieden, weil ich ziemlich bald erkannt habe, dass es sich um ein Geschäft handelt, das sowieso nicht abgeschlossen werden hätte sollen und nicht nur wir, sondern auch die BAWAG nicht abschließen hätten dürfen. Wir sind auf viele Dinge nur durch die anonyme Anzeige draufgekommen in all der Zeit und da bin ich in Wahrheit sehr froh, dass es zu dieser anonymen Anzeige gekommen ist, sonst hätten wir viele Unterlagen gar nicht bekommen. Und dass sich ganze Juristenscharen darum bemühen, um das Ganze in den Griff zu bekommen und zu verstehen, das müsste man auch hier sagen.

Ich meine, es ist sehr schwierig, mit der BAWAG einen Rechtsstreit zu führen, wenn auf der anderen Seite so quasi Schuldige gesucht werden, wo dann nicht unterschieden wird. Schuld heißt ja, der Vertrag ist schuldig, schuldig für dieses Verhalten. Das ist das Problem und das wird von der BAWAG wahrscheinlich so verstanden und das macht die Sache natürlich sehr, sehr schwierig im Kampf, dass wir diese Klage gewinnen werden. Ich bin aber noch immer sehr, sehr zuversichtlich. (Zwischenruf) Man muss sich natürlich selbst beraten, man weiß nicht alles und man kann nicht an die Öffentlichkeit gehen, bevor man nicht gewisse Sicherheiten selbst hat, Herr Kollege. Aber das wissen Sie ganz genau und dass wir uns sehr bemüht haben, den Schaden von der Stadt abzuwenden.

Zur Mediation, weil das als Vorwurf gefallen ist, obwohl ich gesagt hätte, wir werden gewinnen, sind wir auf eine Mediation eingegangen. Ich möchte noch einmal betonen, das haben wir deshalb gemacht, weil der Herr Richter gemeint hat, das wäre gescheit, wenn man das tut. Dann möchte ich noch betonen, dass die BAWAG von sich aus widervertraglich diese Mediation abgebrochen hat und



bis heute, das möchte ich auch dem Gemeinderat sagen, das wissen alle, den Schaden, den sie angibt, gehabt zu haben, bis heute nicht nachgewiesen hat. Und daran ist die Mediation gescheitert, weil die Mediatoren wollten, dass der Schaden nachgewiesen wird.

Daher muss ich so quasi als Resümee sagen, ich glaube, dass wir ganz, ganz gute Chancen haben und die sollten wir nutzen. Meine Bitte ist wirklich an die ÖVP, hier an einem Strang zu ziehen, was diesen Rechtsstreit betrifft. Man kann schon sehr viele politische Verantwortungen sehen. Ich nehme die politische Verantwortung so wahr, dass wir versuchen, seitdem ich von diesem Geschäft erfahren habe, gemeinsam mit Herrn Stadtrat Mayr den Schaden von der Stadt abzuwehren. Ich kann nur hoffen, dass uns das gelingt.

Eine letzte Bitte habe ich schon noch. Wissen Sie, es ist eine Tatsache, dass es unterschiedliche Finanzströme gibt und dass es tatsächlich so ist, dass die oberösterreichischen Gemeinden – das ist keine Schuldzuweisung, wahrscheinlich sind die Gemeinden und wir selber schuld, dass wir uns nicht mehr gewehrt haben, aber wir werden das in Zukunft tun - überproportional vom Land Oberösterreich zur Kasse gebeten werden. Das ist objektiv richtig, da tut man nicht Schmach führen, sondern es ist objektiv richtig, wenn man die Dinge vergleicht.

Dann kommt bei uns noch dazu, dass wir vom Krankenhaus gar nicht reden, das uns sehr hohe Kosten immer wieder verursacht hat, dass das noch gar nicht eingerechnet ist, was wir da zusätzlich zahlen. Aber da kann man sagen, das ist unser Bier, wir haben ein eigenes Krankenhaus, mit dem müssen wir leben. Das heißt, es könnte so sein, dass das Argument, das gebracht wird, vielleicht richtig sein könnte. Das ist untermauert, das sind keine Märchenonkel, die das gemacht haben, sondern die KDZ-Studie ist eine sehr seriöse Studie und wenn man es nicht hören will, dann will man es nicht hören, aber das ist auch eine Ursache.

Und dann gibt es noch eine Ursache, das sage ich Ihnen auch. Es ist tatsächlich so, dass in dieser Stadt wahnsinnig viel investiert worden ist. Wenn Sie die Leute fragen, dann sagen die Leute, die Stadt schaut super aus. Wenn ein Mann, der 20 Jahre nicht in Linz war, nach Linz kommt und sagt, was habt ihr in Linz in den letzten 20 Jahren nicht alles super gemacht, die Stadt kann sich international sehen lassen. Wenn ich heute unser Kultursystem anschau mit dem Musiktheater, wo wir 500 Millionen Euro zahlen müssen, wir leben in einer tollen Stadt.

Den Menschen in Linz, das möchte ich Ihnen schon sagen, das hat die Bürgerbefragung und jede Befragung gezeigt, gefällt diese Stadt, die leben in dieser Stadt gern. Wir haben einen hohen Sozialstandard und wir haben einen hohen Kulturstandard. Dass das alles etwas kostet, dass wir das alle hier gemeinsam beschlossen haben, das ist auch die Wahrheit - die andere Wahrheit, möchte ich sagen. Ich lebe in dieser Stadt gern, weil diese Stadt vieles hat, ich würde sagen, fast alles hat, was man zu einem sehr guten Leben in einer Stadt braucht. Dass das viel gekostet hat, ist keine Frage und dass man das bezahlen muss, ist auch keine Frage. Aber insgesamt, glaube ich, kann dieser Gemeinderat stolz sein auf das, was in dieser Stadt in den letzten 20 Jahren geschaffen worden ist, aber so stolz, wie selten eine andere Landeshauptstadt. Und es ist fast alles einstimmig hier herinnen beschlossen worden.

Nachdem über die allgemeine Verschuldung gesprochen wurde, muss ich jetzt – das hat nichts mit dem Rechnungshofbericht grundsätzlich zu tun, aber über das ist auch gesprochen worden - meine Meinung dazu sagen.“ (Beifall SPÖ)

**Gemeinderätin Roschger:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, ich habe mich jetzt zu Wort gemeldet, weil in den Diskussionen heute etliche Male zur Arbeit des Sonderkontrollausschusses Stellung genommen wurde und ich als Vorsitzende des Ausschusses ein paar Sachen klarstellen will.

Das eine ist, erstens bin ich überzeugt, dass wir als GemeinderätInnen unsere Pflicht wahrnehmen müssen und versuchen müssen, im Rahmen der Möglichkeiten einen Fall wie dieses Desaster aufzuarbeiten. Das heißt, in welchem Rahmen geht das? Das ist damals vor über zwei Jahren so entschieden worden, dass das im Rahmen von Sonderkontrollausschusssitzungen stattfinden kann, eigentlich als einzige Möglichkeit, weil - und das ist ganz wichtig zu betonen - es für Städte gesetzlich nicht vorgesehen ist, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Was sich jetzt leider leidvoll darstellt, dass wir Untersuchungsausschüsse nicht einsetzen können, weil es um vieles noch effizienter wäre, wenn wir Instrumente wie einen Untersuchungsausschuss - ähnlich wie beim Bund z.B. - hätten. Warum? Weil wir mit dem Umfang dieser Aufarbeitung an unsere Grenzen stoßen, weil wir nicht wie in Untersuchungsausschüssen ganz klare, transparente Verfahrensordnungen haben, weil wir nicht wie in Untersuchungsausschüssen Verfahrensanwälte zur Seite gestellt haben, weil nicht die Öffentlichkeit von Beginn an ganz klar geregelt ist usw.

Es gibt eine Reihe an Dingen, wo ein Untersuchungsausschuss diese Arbeit erleichtern würde, effizienter machen würde, transparenter machen würde. Ich sage nicht, ich bin nicht so naiv, zu glauben, dass man alles irgendwie damit anders schaffen könnte, aber vieles wäre leichter. Das haben wir nicht, haben wir auch deswegen nicht, weil sowohl in Linz als auf Landesebene nach wie vor die ÖVP und die SPÖ sich nicht einigen können, so eine gesetzliche Grundlage für Linz zu schaffen. Seit eineinhalb Jahren bemühen wir uns darum, eine gesetzliche Grundlage zu bekommen und das ist aufgrund der Großparteien nicht möglich. Das nehme ich zur Kenntnis, finde das aber unendlich schade, auch im Sinne der Transparenz und der Kontrollrechte für GemeinderätInnen. Aber wir müssen mit dem Gremium, das wir jetzt haben, sorgsam und in aller Vehemenz arbeiten, was wir auch tun.

Da gibt es ein paar Dinge, die ich gerne zurückweisen möchte. Das eine ist die Argumentation vorhin, ich glaube, vom Kollegen Hattmannsdorfer, auch in der Begründung, warum er diesen Sondergemeinderat heute beantragt hat - weil hier Transparenz möglich ist. Ihr wisst ganz genau und das wissen alle, dass wir mit Beginn der Sonderkontrollausschüsse die Vertraulichkeit des Ausschusses aufgehoben haben und es wissen alle Anwesenden, dass die Berichterstattung und die Diskussion über das, was im Sonderkontrollausschuss passiert, öffentlich ist, weil alle dazu beitragen, dass die Themen, die wir diskutieren, auch in der Öffentlichkeit transportiert werden.

Dann kommt noch dazu, dass wir, nachdem wir keine Verfahrensordnung haben, sehr ringen müssen. Da weise ich auch zurück, was Herr Kollege Hattmanns-

dorfer vorhin gesagt hat, dass wir uns das alles sehr leicht machen. Ich mache ich es mir nicht leicht, das kannst du mir glauben. Ich bin wirklich bemüht, dass wir eine sinnvolle Arbeit machen, auch wenn wir uns sozusagen unsere Regeln selber aufstellen müssen, wenn wir um Unterlagen kämpfen müssen, wenn wir darum kämpfen müssen, Auskunftspersonen zu Befragungen da zu haben, weil das alles nicht geregelt ist. Also es ist ein Kampf, der aber notwendig ist und der sich in vielen Bereichen auch lohnt.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Weg, den wir grundsätzlich gewählt haben, mit der Vereinbarung, mit dem Versuch sozusagen zu vereinbaren, was wir im Sonderkontrollausschuss diskutieren, nicht immer ganz konstruktiv, aber zum Großteil sehr konstruktiv unterwegs sind und zu vielen Dingen gemeinsame Sichten haben. Ein Punkt war von Beginn an, seit ich den Vorsitz im Sonderkontrollausschuss oder im Kontrollausschuss übernommen habe, dass wir den Rechnungshofbericht selbstverständlich als einen zentralen Bericht neben den anderen Berichten, Gutachten und tausenden Unterlagen als Thema im Sonderkontrollausschuss zu behandeln haben. Da waren wir alle immer d'accord, dass das eine Selbstverständlichkeit ist, dass wir diesen Bericht natürlich behandeln im Ausschuss.

Und es hat sich zu keinem Zeitpunkt in diesen letzten zwei Jahren ein ÖVP-Mitglied des Ausschusses in die Diskussion eingebracht oder gesagt, das passt schon, wenn wir das im Ausschuss machen, aber vorher müssen wir das im Gemeinderat machen. Es ist eine Art und eine Herangehensweise der Arbeitskultur, behaupte ich jetzt einmal. Meine ist weniger mit Getöse, dafür sehr sachlich und es ist natürlich geplant gewesen, diese Diskussion zum Rechnungshofbericht im Sonderkontrollausschuss abzuführen, und zwar, wie ich glaube, in einer viel ausgewogeneren und sinnvolleren Art und Weise womöglich als heute, denn heute ist das schon sehr einseitig. Wir haben weder die Rechnungshofprüfer da, noch haben wir Expertisen da, was diesen ganzen Bankenbereich betrifft.

Mir wäre es ein Anliegen gewesen, dass wir diesen Bericht in seinem vollen Umfang, aber ausgewogen mit allen Aspekten bis zu einer wirklich umfassenden Aufklärung behandeln. Was dann schon schwierig wird ist, wenn wir alles doppelt und dreifach diskutieren, also das führt sich dann irgendwann einmal ad absurdum meiner Meinung nach.

So viel zu dem, warum ich vielleicht ein bisschen entrüstet bin, dass dieser Sondergemeinderat stattgefunden hat. Es geht mir jetzt nicht darum, dass wir das nicht diskutieren, es geht mir um die Art und Weise und ich glaube, ich habe das in der letzten Sitzung und in der vorletzten Sitzung schon einmal gesagt, ich kann so nicht arbeiten. Es ist wirklich schwierig, wenn man sich an Vereinbarungen nicht hält. Ihr hättet jederzeit sagen können, Rechnungshofbericht, ja im Ausschuss, aber auch im Gemeinderat, dann hätten wir vielleicht einmal gemeinsam darüber diskutieren und reden können, wie man das sinnvoll abwickelt. Also mir fehlt der Faden und die Verlässlichkeit von Dingen, die wir im Ausschuss ausmachen. Das ist das eine und es ist nicht das erste Mal, wir haben schon öfter etwas ausgemacht und vor allem die ÖVP hält sich nicht daran.

Und das andere ist, dass uns die SPÖ manche Dinge sehr schwer macht, weil wir sowieso, wie ich vorhin schon gesagt habe, begrenzte Möglichkeiten haben.

Und wenn dann noch die SPÖ Möglichkeiten, die wir hätten, zusätzlich begrenzt, dann wird die Aufklärungsarbeit schon wirklich sehr schwierig. Da geht es auch um Einladungen von MitarbeiterInnen. Da ist übrigens noch eine Antwort vom Herrn Bürgermeister ausständig, was die Einladung von MitarbeiterInnen in den Ausschuss betrifft und es geht auch um Unterlagen usw. Es gibt ein riesiges Arbeitspaket. Wir versuchen das und ich habe gesagt, es gelingt über weite Strecken, das sehr konstruktiv zu bearbeiten und dann kommt wieder irgendwie – das ist jetzt ein heftiges Bild - das Messer im Rücken, so ungefähr komme ich mir manchmal vor.

Eines ist mir auch noch wichtig in der Diskussion oder in der Kritik, so wie ich es wahrnehme, wir hätten die Aufgabe, ganz, ganz geschlossen als Stadt Linz aufzutreten, um der BAWAG gegenüber hier ganz eindeutig zu signalisieren, dieses Geschäft ist rechtswidrig, dieses Geschäft ist nicht ordentlich zu Stande gekommen, dieses Geschäft hat jetzt einen Schaden eingeklagt, wo bis heute nicht geklärt ist, wie sich dieser Schaden zusammensetzt und, und, und. Was mir fehlt von Anfang an, auch in Richtung der SPÖ, ist, dass ich schon orte, dass hier mit viel zu wenig Vehemenz und viel zu wenig integrativ an dieser Geschlossenheit gearbeitet worden ist.

Zwischenruf **Bürgermeister Dobusch:**

„Das verstehe ich nicht!“

**Gemeinderätin Roschger** weiter:

Wieso nicht? Ich kann das schon erklären. Ich habe den Eindruck, dass von Beginn an, von dem Punkt, wo dieses Geschäft, was wir jetzt im Nachhinein wissen, bekannt geworden ist, bis zu dem Zeitpunkt, wo das in den Gremien und in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, sehr viel Zeit vergangen ist. Es ist eine wäre/wenn Frage, aber ich hätte wirklich gerne gewusst, wie es gewesen wäre, wenn man von Beginn an alle Fraktionen ordentlich eingebunden hätte, ob man nicht dann die Geschlossenheit zusammengebracht hätte, die wir jetzt brauchen. (Beifall Die Grünen, ÖVP)

Das andere ist, dass ich schon orte, dass in den ganzen Ausritten der ÖVP und kontraproduktiven Ausreden der ÖVP, was die Mediation betrifft, was irgendwie die Schuldfragen betrifft, zu wenig von der Stadt kommuniziert worden ist und hier eine Geschlossenheit oder die Rechtsposition der Stadt immer viel zu wenig vehement vertreten worden ist. Also so viel zum Ausschuss.

Wie gesagt, für mich ist das jetzt noch offen nach der heutigen Sitzung, wie wir mit dem Rechnungshofbericht dann im Ausschuss weitertun, aber wir sehen uns nächste Woche bei einer Sonderkontrollausschusssitzung und da werden wir das wieder besprechen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

**Vizebürgermeister Dr. Watzl:**

„Meine sehr geehrten Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, sehr geehrter Herr Bürgermeister, gestatten Sie mir, bevor ich nochmals zur Formulierung des Antrages und der gestellten Zusatzanträge komme, auf einige Punkte als Be-richterstatter zu replizieren.

Herr Kollege Hein, nur was den einen Punkt anlangt, Zuweisung zum Sonderkontrollausschuss, was auch Ursula Roschger als Vorrednerin angesprochen hat - ich habe bewusst am Beginn die Geschichte, wie es zu diesem Rechnungshofbericht gekommen ist, im Antrag stehend vorgelesen, denn dieser Linzer Gemeinderat hat in einem einstimmigen Beschluss diese Initiative gesetzt, die dann durch die Landesregierung aufgegriffen wurde und die zu diesem Bericht, wie er vorliegt, geführt hat. Daher ist es - ich bin kein Magistratsdirektor - für mich eine Selbstverständlichkeit, dass dieser Rechnungshofbericht auch hier im Gemeinderat natürlich diskutiert wird.

Wenn das Kontrollamt vom Gemeinderat einen Auftrag bekommen hat, dann geht der Kontrollamtsbericht in den Gemeinderat, wenn ich richtig informiert bin. Und wenn er eine solche Brisanz noch dazu hat, dann ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, dass er im Gemeinderat diskutiert wird.

Und drittens noch als Erklärung dazu, weil das so viele bewegt hat - die ÖVP hat bewusst den letzten Finanzausschuss abgewartet. Ich habe mir eigentlich erwartet, dass im Finanzausschuss unter Allfälliges unter Umständen der Punkt angesprochen wird und unter Umständen eine Vorgangsweise vorgeschlagen wird oder es eine sehr ausführliche Erklärung gegeben hätte, die Herr Stadtrat Mayr heute gegeben hat, auf die ich später noch replizieren darf - nichts ist gekommen.

Am nächsten Tag haben wir als Linzer ÖVP diesen Antrag, der ein demokratisches legitimes Recht ist, ich hoffe, das zweifelt niemand an, gestellt, weil wir damit ein klares politisches Signal geben wollten. Nämlich das politische Signal, dass wir nicht dafür zu haben sind, dass man jetzt über den Sommer einmal drübertaucht und nachher vielleicht dann wieder einmal diskutiert oder vielleicht ist es eh in Vergessenheit geraten. Und im Gemeinderat deswegen, Herr Kollege Hein, weil wir eine öffentliche, eine transparente Diskussion für jede und jeden Interessierten abwickeln wollten. (Beifall ÖVP)

Insofern verstehe ich gerade die Freiheitliche Partei nicht, die doch immer sagt, Transparenz, Öffentlichkeit, wir sind die Partei für die Bürger und die Bürgerinnen, wenn wir dann einfach das wieder dem Sonderkontrollausschuss zuweisen, so nach dem Motto ‚Begräbnis erster Klasse‘.

Zwischenruf **Gemeinderätin Roschger:**  
„Danke!“

**Vizebürgermeister Dr. Watzl** weiter:

Nein, das ist kein Vorwurf an die Vorsitzende, aber dort hinter verschlossenen Türen, wo dann, ich weiß nicht wie viele Fachleute sitzen und in Wahrheit, so wird es mir jedenfalls berichtet, die Fachleute oft mehr reden als die Mandatäre und damit dieses politische Gremium leider nicht das erfüllt, was ein Linzer Gemeinderat, eine Plenarsitzung erfüllen kann. Kollegin Ursula Roschger, ich glaube zu wissen, ich sage deswegen, glaube zu wissen, weil ich nicht selber im Sonderkontrollausschuss dabei bin, aber wie es mir mitgeteilt wird, bist du absolut redlichst bemüht, eine korrekte Arbeit zu machen, wenn dir nicht immer diese Behinderungsarbeiten oder diese Behinderungsvorhaben gestellt werden würden von einer bestimmten politischen Partei.

Frau Kollegin Schobesberger, die dienstlich als Stadtsenatsmitglied unterwegs ist, nehme ich an, ich darf trotzdem replizieren, sie hat völlig Recht, wenn sie

sagt, der Antrag, die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes sollten möglichst rasch umgesetzt werden. Völlig richtig, Frau Stadträtin Schobesberger. Nur ich sage ehrlich, ich bin mittlerweile ein gebranntes Kind, weil viele Dinge für mich selbstredend und normal mit Hausverstand geschehen hätten müssen, nur sie sind nicht geschehen und das ist der Grund, warum wir diesen Bundesrechnungshofbericht, der eine deutliche Sprache spricht, heute diskutiert haben.

Ich bin völlig der Meinung der Frau Stadträtin Schobesberger und anderer Redner, die gesagt haben, es geht doch wirklich darum, dass wir geschlossen als Linzer Gemeinderat bei Maßnahmen in den rechtlichen Belangen gegen die BAWAG vorgehen. Die ÖVP-Linz hat es getan bei allen Beschlüssen, mit einer Ausnahme, bei der Mediation. Da ist unsere Position bekannt, ich will jetzt gar nicht über das noch lange debattieren. Bei allen Beschlüssen, wo es darum gegangen ist, die rechtlichen Möglichkeiten gegen die BAWAG auszunutzen, haben wir mitgestimmt, mit Ausnahme der Mediation.

Ich bin dem Kollegen Hattmannsdorfer sehr dankbar, was die Ausführungen der Frau Stadträtin Schobesberger anlangt betreffend diesen Beschluss im Jahr 2004, diesen Delegationsbeschluss, dass er klargestellt hat: Intention der ÖVP-Linz war und ist, wenn man eine Gemeinderatskompetenz delegiert, dass man sie an den Stadtsenat und nicht an eine Verwaltungseinheit im Einvernehmen mit einem politischen Verantwortlichen delegiert.

Tatsache vor allem ist, dass wir nicht mitgestimmt haben und da bin ich mit Frau Kollegin Grünner einer Meinung, das war eines der Grundübel, die überhaupt zu diesem geführt haben, worüber wir diskutieren.

Weil die Frau Schobesberger einen Ausflug in die Fußballwelt gemacht hat, möchte ich den Ball aufgreifen. Wenn ich sie richtig verstanden habe, dann hat sie diesem tollen Fußballer Alaba die ÖVP-Rolle zugeordnet, quasi dieser Alaba läuft auf einmal in die falsche Richtung. Ich kann beruhigen, Alaba rennt nicht in die falsche Richtung und wenn, nur dass er ausweicht und dann wieder nach vorne geht. Die Gefahr, die sich heute hier abzeichnet ist eine andere - dass Alaba vorrennt und alle anderen zurückrennen bei einem ganz normalen Antrag, der nichts anderes bedeutet als umzusetzen. (Beifall ÖVP)

Zwischenruf **Vizebürgermeisterin Dolezal:**

„Ihr seid im Abseits!“

**Vizebürgermeister Dr. Watzl** weiter:

Wir sind nicht im Abseits, Frau Kollegin Dolezal. Du weißt ganz genau, Frau Kollegin Dolezal, dass du nicht für das schlechte politische Klima zuständig bist und wenn wir über etwas geredet haben, hat es immer gehalten, Frau Vizebürgermeisterin Dolezal, Sport und Kultur ist die Ausnahme, ich gebe dir Recht. Lass mich leider wieder zurückkommen zum Bundesrechnungshofbericht.

Herr Bürgermeister, zu Ihrem Plädoyer: Das glaube ich Ihnen, Sie sind wirklich für die Stadt viel unterwegs, keine Frage. Glauben Sie es mir, ich auch, ich bin jetzt mittlerweile 54 Jahre und bin wirklich viel in Linz unterwegs und das 54 Jahre, weil ich ein waschechter Linzer bin.

Nur, Herr Bürgermeister, und das ist Ihr gutes Recht, weil Sie, was sozusagen den Rahmenvertrag anlangt, Ihre Position, die Position der Stadt Linz, die im

Bundesrechnungshofbericht abgedruckt ist, wiedergegeben haben, aber damit man die Geschichte noch zu Ende erzählt, muss man den Rechnungshofbericht kennen. Da ist der Punkt 1, quasi die Sachverhaltsdarstellung, dann ist der Punkt 2, die Wahrnehmung des Rechnungshofes, sollte von der geprüften Stelle eine Äußerung kommen, dann ist die im Punkt 3 abgedruckt, die haben Sie wiedergegeben, und dann gibt es noch einen Punkt 4 im Sinne von Resümee aus der Sicht des Bundesrechnungshofes, der das für sich möglichst objektiv, aber natürlich von einer eigenen Sichtweise aus zusammenfasst.

Und weil Sie diesen Punkt deutlich angesprochen haben, möchte ich schon darauf hinweisen, dass der Bundesrechnungshof in seinem Resümee ganz klar sagt, es ist richtig, dass mit dem Rahmenvertrag noch kein Einzelgeschäft abgeschlossen wurde. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass man diesen Rahmenvertrag aufgrund gewisser Hinweise so nicht abschließen hätte dürfen, ohne das Vier-Augen-Prinzip zu regeln, ohne gleichzeitig in der Magistratsstruktur ein entsprechendes Ressourcenmanagement einzurichten, und das wollen wir heute mit einem Zusatzantrag ganz genau konkretisiert wissen. (Beifall ÖVP)

Und damit darf ich beim Herrn Finanzstadtrat Mayr, was die Replik anlangt, meinen Schluss finden. Ich bin völlig deiner Meinung, Herr Stadtrat Mayr, dass man in puncto Transferleistungen bei einer derartigen Debatte diese Ausführungen bringen darf. Das ist der Grund, warum einige ÖVP-Gemeinderäte gesagt haben, was alles möglich wäre, wenn wir das und das aufgrund der Spekulationsgeschäfte nicht zu leisten hätten, mit Vorbehalt oder ohne Vorbehalt; und gar nicht daran zu denken, was wir uns leisten könnten, würde Schaden eintreten, würden die Gerichte nicht unsere Position im Urteil zum Ausdruck bringen.

Ich bin allerdings nicht ganz deiner Meinung, wenn du den Versuch hier unternimmst, dass unter dem Titel Schlussempfehlungen die Punkte alle ordentlich aufgezählt und verlesen und in deinem Sinne abgearbeitet erscheinen. Das ist deine Sichtweise, die legitim ist. Ich sage dazu, vor fünf, sechs Jahren vielleicht hätte ich gesagt, sag nichts dazu, vielleicht blamierst du dich. Ich habe jetzt den Mut, dass ich das sage, weil nach meinem Empfinden vieles noch nicht abgearbeitet ist.

Noch nicht abgearbeitet ist zum Beispiel die Frage, wie gehen wir mit den 195 Millionen Schweizer Franken um? Gott sei Dank ist nichts passiert im letzten Jahr, Gott sei Dank ist nichts passiert, seit wir im Finanzausschuss von Schwabe, Ley & Greiner eine Präsentation serviert bekommen haben, wo man herausgegangen ist und in Wahrheit gesagt hat, wir müssen morgen handeln, weil was ist, wenn etwas passiert. Dann tritt nicht nur ein Buchwert, sondern realer Schaden ein.

Es gibt bis heute keine klaren Vorgaben an die Verwaltung, wie bei einem bestimmten Wechselkurs umzugehen ist. Es gibt keine klaren Vorgaben, in welche Richtung - konvertieren oder nicht konvertieren - gegangen werden soll. Bei der Linz AG zum Beispiel ist das anders geschehen, auch der Bundesrechnungshof sagt das. Daher muss ich, und das bin ich mir persönlich schuldig, für die Zukunft heute sagen, wer diesem Zusatzantrag, bei den 195 Millionen Schweizer Franken möglichst rasch etwas zu tun, nicht zustimmt, wer damit nicht vom Gemeinderat aus dem Herrn Finanzstadtrat, der nach unserer Geschäftsverteilung zuständig ist, den Auftrag mit auf den Weg gibt, für den

nächsten Finanzausschuss klare Vorschläge, Alternativen auf den Tisch zu legen, der macht sich unter Umständen haftbar und verantwortlich, sollte etwas passieren, was ich nicht hoffe.

Vor dem Hintergrund schließe ich wirklich, weil Herr Kollege Mayr diese Opfer-Täterrolle ins Spiel gebracht hat, mit Aussagen von ihm: ‚Die ÖVP will nur politisches Kleingeld machen, Herr Watzl ist nicht mein Richter, ich bin ihm keine Rechenschaft schuldig.‘ Zitat Hans Mayr. Stadtrat Mayr hat nicht Recht, wenn er behauptet, die ÖVP will nur politisches Kleingeld machen. Die ÖVP nimmt Ihre Verantwortung wahr – wir haben auch nicht überall Recht –, aber nach bestem Wissen und Gewissen haben wir diese Diskussion, demokratisch legitimiert, heute hier erreichen können. (Beifall ÖVP)

Und wir haben ganz konkrete Vorschläge für die Vorgangsweisen in Form von Anträgen gestellt. Der Kollege Mayr hat aber Recht, wenn er sagt, Herr Watzl ist nicht mein Richter. Das ist korrekt, das maße ich mir nicht an, das ist nicht meine Aufgabe. Er hat auch Recht, der Herr Watzl ist ihm, dem Stadtrat Mayr, keine Rechenschaft schuldig, weil ich sage es dir ehrlich, Hans, ich habe dich nicht gewählt. Aber weißt du, wem du Rechenschaft schuldig bist? Der Linzer Bevölkerung und vor dem Hintergrund fordern wir die politische Konsequenz. (Beifall ÖVP)

Und das Allerletzte. Wenn in dem gleichen Artikel der Herr Bürgermeister meint, ich möchte als Bürgermeister Verantwortung tragen - ja, Sie hatten, wie wir heute gehört haben, der letzte Stand jedenfalls, seit Juli 2010 mit der BAWAG bereits Schriftverkehr. Seit 2010, heute sind wir im Jahr 2013. Diese Verantwortung haben Sie in Ihrer Form bestmöglichst wahrscheinlich genutzt. Ich frage mich nur, warum Sie Ihre Verantwortung in anderen Bereichen nicht wahrgenommen haben und vor dem Hintergrund ist in dem Punkt die einzige politische Konsequenz, den Mut zu haben, den Weg frei zu machen für einen Neustart, dass der Boden freigelegt ist, um die Aufräumarbeiten endlich in Angriff nehmen zu können. Ich bitte, dem Antrag und den Zusatzanträgen zuzustimmen.“ (Beifall ÖVP)

#### **Bürgermeister Dobusch:**

„Es gibt den Vorschlag des Kollegen Hein, den Antrag mit den Zusatzanträgen dem Kontrollausschuss zuzuweisen. Darüber würde ich abstimmen lassen. Die ÖVP hat gesagt, dass sie die Abstimmung will, nur zur Information. Ich lasse darüber zuerst abstimmen und dann über den Antrag und dann über die Zusatzanträge.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages an den Kontrollausschuss inkl. der Zusatzanträge und anschließend über den Antrag und die drei Zusatzanträge der ÖVP-Gemeinderatsfraktion abstimmen.

Die Zuweisung des Antrages inkl. der Zusatzanträge an den Kontrollausschuss wird **bei Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (24) und Die Grünen (5) sowie Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Grönn, KPÖ, und bei Gegenstimmen der ÖVP-Fraktion (16) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Antrag der ÖVP wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (24), FPÖ (7) und Die Grünen (5) sowie Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Grönn, KPÖ, und Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**



Der Zusatzantrag von Gemeinderat Mag. Baier wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (24), FPÖ (7) und Die Grünen (5) sowie Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Grün, KPÖ, und Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Zusatzantrag von Gemeinderat Spannring wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (24), FPÖ (7) und Die Grünen (5) sowie Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Grün, KPÖ, und Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Zusatzantrag von Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (24), FPÖ (7) und Die Grünen (5) sowie Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Grün, KPÖ, und Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Die Tagesordnung der 35. Sitzung des Gemeinderates ist damit erledigt.

Bürgermeister Dobusch dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.15 Uhr

**Postentgelt bar bezahlt**

Diese Amtsblatt-Beilage wurde auf umweltfreundlichem Papier hergestellt.

---

Medieninhaber und Herausgeber: Magistrat Linz. Redaktion: Brunhilde Janacs, Präsidium, Personal und Organisation, Hauptplatz 1, 4041 Linz, Tel. 7070-1132; Leiter: Präsidialdirektor Dr. Ernst Inquart; Medienhersteller: Magistrat Linz; Bezugspreis: Einzelnummer € 1,30, im Abonnement € 1,10 pro Nummer.